

VORAN!

zur sozialistischen demokratie 3. Jahrgang Nr.8

50 Pf ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSOS UND GEWERKSCHAFT FEBRUAR/MÄRZ 1975

DIE KRISE SOZIALISTISCH LÖSEN!

Im Zeichen eines zweiten Jahres ohne wirtschaftliches Wachstum sowie anhaltender Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit stehen die Lohnrunden in einer Reihe von Industriebranchen. Anfang Februar brach eine Welle von Warnstreiks zur Bekräftigung der Forderungen der IG Metall in Nordrhein-Westfalen aus, die Zehntausende von aktiven Gewerkschaftlern und Dutzenden von Betrieben umfaßte.

In Rheinland-Pfalz brachen die Arbeitgeber für die Tarifgebiete Pfalz und Rheinland-Rheinhausen die Verhandlungen ab. In Baden-Württemberg sprach Franz Steinkühler von einem "Lohndiktat wie im Dritten Reich", wo Arbeitgeber stur bei ihrem letzten Angebot von miserablen 6% blieben.

Die Erpressung der Bosse schilderte Steinkühler in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau:

"Wir können nicht über Tarifverhandlungen berichten; denn es gab keine. Es gibt ein Lohndiktat der Arbeitgeber, das an die Lohnverordnungen im Dritten Reich erinnert. Sie werden aus politischen Gründen die Arbeitslosenzahlen hochjubeln. Sie werden sich weigern, das Konjunkturprogramm der Bundesregierung anzunehmen. Denn sie wollen diese Regierung stürzen. Sie erklären uns, sie würden nur dann investieren, wenn wir bereit wären, ihr Lohndiktat zu schlucken. Sie haben anklagen lassen, auch bei uns gelte ihr Sechs-Prozent-Angebot heute noch und morgen vielleicht nicht mehr."



Die Auswirkungen liegen auf der Hand. Der Lebensstandard der Arbeiterklasse wird durch Preiserhöhungen unterminiert, gleichzeitig rufen die Führer der SPD zur Zurückhaltung auf.

Das SPD-Programm sah 1972 eine Reihe von Reformen vor, die auch VORAN! unterstützen würde. Wir warnten schon längst aber, daß, da die Verwirklichung des Programms von dem wirtschaftlichen Wachstum abhängig gemacht wurde, es ein utopisches Programm bleiben mußte. Der Beweis für diese Warnung kann jetzt jeden Tag in der Zeitung gelesen werden. Im Kapitalismus kann Wirtschaftswachstum nicht proklamiert oder versprochen werden. Die Regierung hat keine Mittel in der Hand, um den Wirtschaftsablauf zu kontrollieren oder zu planen. Es bleibt bei frommen Hoffnungen, oder schlimmer, bei dem Versuch, die Unternehmer mit Steuergeldern zu bestechen (Investitionsanreiz von 7,5% Subventionen in gewissen Branchen!). Der Steuerzahler - in der überwiegenden Mehrheit Lohnabhängige - soll also die Kapitalistenklasse für das bezahlen, was ihre einzige geschichtliche Berechtigung ausmachte: Kapital und Arbeitskräfte in einer Produktionseinheit zusammenzubringen.

Die Unverantwortlichkeit der Unternehmer den Jugendlichen gegenüber schreit zum Himmel!

Als Friderichs sein Konzept zur Steigerung des Lehrstellenangebotes Ende Januar vorlegte, schrien CDU und Arbeitgeberverbände nach zusätzlichen Zuschüssen von 40 Millionen DM im Regionalförderungsprogramm, um 4000 weitere Lehrstellen zu schaffen! In Nordrhein-Westfalen erhielten 1974 74 000 Schulabgänger keine Lehrstelle! 1975 rechnet man mit 10% weniger Ausbildungsplätzen in Industrie, Handel und Handwerk.

Schon 1973 drohte die Dachorganisation der örtlichen Industrie- und Handelskammern mit einer Verweigerung der Lehrlingsausbildung, falls die SPD/FDP staatliche Prüfungsausschüsse einsetzen würde, um die Ausbildung zu kontrollieren. (26.10.73 - FR)

Jetzt versuchen die Bosse, die "günstige" Lage noch schamloser auszunutzen. Forts Seite 2

In der Tat fühlen sich die Unternehmer durch die steigende Arbeitslosigkeit ermuntert, die Lohnforderungen zum Ausgleich der Inflation frech abzulehnen. Die Strategen des Kapitals haben die Auswirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse sorgfältig studiert und sind zu dem Schluß gekommen, daß die Angst um den Arbeitsplatz gut ausgenutzt werden kann. Die Disziplinierung von Teilen der Arbeiter und Angestellten drückt sich im Rückgang der Krankmeldungen und Konkurrenz am Arbeitsplatz aus:

Essex (dpa) — Der Krankenstand in Wirtschaft und Verwaltung lag im Oktober 1974 zwar über dem des Vormonats, war aber erheblich niedriger als im gleichen Zeitraum 1973. Nach Angaben des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen betrug der Oktober-Gesamtdurchschnitt 6,52 Prozent aller Mitglieder. Im September hatte er 5,75, im Oktober des Vorjahres jedoch 7,42 Prozent betragen. Als Ursache für den Rückgang seit dem Vorjahr nennen die Experten Angst vor Arbeitsplatzverlust, Entlassung gesundheitlich „labiler“ Kräfte und Streßverringering durch Fortfall von Überstunden.

»Gebt uns die DVA -- wir machen es besser!«

Angestellte einer Kölner Firma stritten sich vor Weihnachten um die vorhandene Arbeit, damit sie am Feierabend dem Chef vorzuzeigen hatten. Diese Erscheinungen begleiteten auch die Wirtschaftskrise 1966/1967. Sie gelten vor allem die schwächer organisierten Schichten der Klasse. Das Gegenbild ist die wachsende Kampfbereitschaft wichtiger Schichten der Klasse wie Metalller, Chemiarbeiter, Drucker usw - siehe z.B. das Beispiel der DVA-Arbeiter in Stuttgart, die angesichts der Massenentlassungen 1974 forderten: "Gebt uns die DVA - wir machen es besser!"

An jeder Bushaltestelle, in jeder Werkkantine, in jedem Betrieb, in jedem Supermarkt spürt man das Unbehagen der Arbeiter, der Angestellten und der Hausfrauen. Vorherrschend sind Angst, Unsicherheit, Zweifel und Wut über die Unfähigkeit des Systems, den Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Die Gründe für die Krise werden verschiedenartig formuliert: der eine sieht bei den Arabern, der andere bei den Gewerkschaften, der dritte in der Regierungspolitik den Schuldigen. Wahr ist aber, daß diese Krise in allen kapitalistischen Ländern vorhanden ist, gleichwohl ob das Land konservativ, liberal, sozialdemokratisch, militärisch oder kirchlich regiert wird. Es ist eine Krise der kapitalistischen Überproduktion nach klassischem marxistischem Muster, die mit einer Reihe von anderen Widersprüchen zusammenfließt: dem Streit der verschiedenen westlichen Länder um den Wert der Währungen, langfristigen Vernachlässigungen von Investitionen in Rohstoffquellen, mit dem Ergebnis, daß überall Knappheit an Papier, Zucker usw. herrscht.

Inhalt:

In eigener Sache	2
Spanien vor der Revolution	3,6
Bundeskongreß der Jusos Reform und Staat, Anträge	4,5
Sozialistische Internationale	7
Leserforum	7
1848	8

1975 werden laut amtlichen Voraussagen die Preise um mindestens 6 Prozent gegenüber 1974 steigen. Erste Meldungen geben aber Anlaß zu denken, daß diese Zahl eher eine Wunschvorstellung als eine Prognose ist:

Gas- und Wasserpreise in Ludwigshafen stiegen ab 1.2.75 um 20 Prozent, in Kiel um 23 Prozent! In Nordrhein-Westfalen klettern die Preise der Ruhrgas-AG für Erdgas um 70 Prozent für kommunale Versorgungsunternehmen, um 30 bis 40 Prozent im Verkauf an den Verbraucher.

Die Steuerreform bringt für viele Arbeitnehmer gar Steuererhöhungen, Kinderlose müssen mit beträchtlichen Verlusten rechnen.

Die Arbeitslosigkeit beträgt jetzt rund 1,2 Millionen, ca. 250 000 Gastarbeiter gingen zwischen Juni und September 1974 nach Hause und blieben dort.

Bei Flick (Krauss Maffei in München) ist Kurzarbeit über sechs Monate vom 1.2.75 an eingeführt worden. Bei Leitz in Wetzlar soll sich die Belegschaft zwei Monate lang mit einer Vier-Tage-Woche abfinden.

Die Einzelhandelsgeschäfte meldeten 1974 erstmals seit der Währungsreform von 1948 einen Umsatzrückgang von 2 bis 3 %.

Als Kontrast zu der Lage der arbeitenden Bevölkerung lesen wir von den Problemen der Flick-Kinder, die sich nur mit der Frage herumschlagen müssen, an wen sie ihre Aktienpakete verkaufen sollen.

Diese nutzlosen Elemente, die zur Organisation der Produktion nichts beigetragen haben, nichts anderes getan haben, als mit dem Familiennamen Flick geboren zu werden, werden unter dem Kapitalismus nie arbeiten, aufstehen, einkaufen oder studieren müssen. Wir großzügigen Arbeiter erlauben es, daß es solche Parasiten in unserer "sozialen" Demokratie geben kann!

Angesichts der wirtschaftlichen Situation ist die Führung der SPD leider immer noch bereit, den größten Teil des Reformprogramms zurückzustecken. Am 5.1.75 sagte Regierungssprecher Gründewald - wie auch Schmidt und Apel vor ihm - die Regierung habe für die laufende Legislaturperiode "gar keine großen ausgabenwirksamen Gesetzentwürfe mehr vor". Nur Reformen, die keine Kosten verursachen, könnten durchgeführt werden. Die Begründung basiert auf einer arbeitnehmerfeindlichen Vorstellung: "Wenn sich die Wirtschaft selbst bei den Lohnkosten in den letzten Jahren übernommen hat, und der Meinung könnte man ja durchaus sein.....so kann man nun nicht Entlastungen vom Staat fordern." FAZ (6.1.)

Dieser Meinung sind wir aber durchaus nicht. Tatsache ist: Der Anteil der Unselbständigen am Volkseinkommen der BRD ist seit 1968 von 46,5 % netto auf 44,2 % (1972) gesunken. (Quelle: Gesellschaftliche Daten, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Ausgabe 1974)

Letztes Jahr gab es einen Stillstand im Wachstum der Wirtschaft und dem Lebensstandard der Massen. Helmut Schmidt vertrat Ende 1973 die Ansicht, daß er Prognosen von 600 000 bis 750 000 Arbeitslosen Anfang nächsten Jahres für zu hochgegriffen halte.

Außerdem könne die Bundesregierung im "Notfall" über DM 6 Mrd. verfügen, um auf dem Arbeitsmarkt "helfend einzugreifen". Wir befinden uns jetzt in einem solchen Notfall - die doppelte Arbeitslosenzahl als Schmidt sie voraussah.

Die staatlichen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft fließen in die Taschen der Unternehmer, ohne daß die Arbeitslosigkeit gesenkt würde. Im Gegenteil. Immer mehr Arbeiter gehen stempeln!

Die Krise der Produktion wird jetzt von einer Million Arbeitslosen und ihren Familien, von dreiviertel Millionen Kurzarbeitern und von einer Viertel Million Jugendlichen ohne Arbeitsplätze getragen.

In der metallverarbeitenden Industrie kletterte die IGM-Führung leider - wie so oft in der Vergangenheit - von der ursprünglichen Forderung von 11 bzw 12 %, die gerade gereicht hätten, die Preissteigerungen zu neutralisieren, auf 7 % runter, indem sie den Schlichtungsvorschlag gegen die Bosse unterstützte. Eine solche Großzügigkeit kann sich die Arbeiterklasse nicht leisten. Die Gewerkschaftsführung wird von uns gewählt, um unsere Interessen - nicht die Interessen eines fiktiven Gemeinwohls - zu vertreten.



Ich habe heute die Familie zusammengerufen, um euch zu sagen, daß ich angesichts der Inflation zwei von euch entlassen muß.

Aus: Erziehung und Wissenschaft
1. Februar 1975

In dieser Situation muß die Gewerkschaftsführung und die sozialdemokratische Bewegung einen Bruch mit der Politik der Bundesregierung fordern, die den Kapitalismus als ewige Basis unserer Gesellschaftsordnung betrachtet.

Es gibt einen anderen Weg: Übernahme der Schlüsselindustrien in staatliche Hand, demokratische Planung der Produktion, Massenbeteiligung an Entscheidungen über das Leben in unserem Lande!

Die Arbeiterbewegung kann es sich nur als Ziel setzen, für ein konsequentes Durchsetzen des Reformprogramms in der Krise helfen nur kühne Maßnahmen gegen die Riesen der Wirtschaft; sie verschlucken die Milliarden in Form von Subventionen, die die Bevölkerung für die Reformen dringend braucht. Mit der jetzigen "Partnerpartei" FDP ist aber eine konsequente sozialistische Politik unmöglich. Der Kampf muß jetzt eröffnet werden um absolute Mehrheiten in Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bremen, Saarland, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz 1975 und im Bund 1976.

Dies erfordert einen sofortigen Bruch mit dem Krisenmanagement auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Die SPD-Führung muß jetzt eine sofortige Kampagne eröffnen, um die Wahrheit über die Erpressung der Großkonzerne und Banken ans Licht zu bringen, muß die Bremserfunktion der FDP enthüllen und sie aus der Regierung hinauswerfen.

Dann wäre die Möglichkeit gegeben, während des Bundestagswahlkampfes für die neue Legislaturperiode, eine solide und absolute Mehrheit für unsere Partei zu gewinnen.

Sonst steht unsere Partei als der Schuldige am sinkenden Lebensstandard der Massen da. Auf dem bisherigen Kurs erwarten uns nur Wahlniederlagen und Verbitterung unserer Basis in der Arbeiterklasse und bei der Mittelschicht.

- Für ein konsequent sozialistisches Programm!
- Für einen Bruch mit der FDP auf Landes- und Bundesebene!
- Für Neuwahlen auf der Grundlage des Programms des Sozialismus!
- Nein zu Sparmaßnahmen und Maßhalteparolen!
- Das SPD-Reformprogramm durch Verstaatlichung der Großkonzerne und demokratische Kontrolle und Planung der Produktion verwirklichen! ●

-km-

In eigener Sache

Der Bundeskongreß der Jungsozialisten ist für uns ein Anlaß, zu den zentralen Fragen und Problemen der Jusos Stellung zu nehmen. Wir hatten bereits in unserer ersten Nummer im Dezember 1973 die Notwendigkeit eines klaren marxistischen Programms unterstrichen, das sich mit den wichtigsten Problemen der Arbeiterklasse befaßt und dazu geeignet ist, die Jungarbeiter zu führender Kraft der Jusos zu machen.

Der abgedruckte Initiativantrag wurde von Anhängern unserer Zeitung eingebracht und ist voll und ganz in unserem Sinne. Er wurde auch an den Bundesvorstand zur Befassung auf dem Bundeskongreß weitergeleitet. Angesichts der großen Verwirrung über eine sozialistische Strategie hielten wir es auch für notwendig, einen längeren Beitrag dazu zu leisten.

Die Leserzuschrift des Genossen JF aus München beweist erneut unsere Prognose: Das Fehlen eines sozialistischen Programms und einer klaren Perspektive in SPD und Jusos muß unweigerlich zur Resignation vieler Genossen führen. Der Bundeskongreß muß darauf eine Antwort geben und diese Entwicklung aufhalten! ●

Kurz vor Redaktionsschluß finden wir unsere Prognose erneut bestätigt - aus FAZ 6.2.75:

Spanische Streikwelle greift auf den Mittelstand über

MADRID, 5. Februar. Die Madrider Theater spielen nicht, die Kleinhändler in den Markthallen halten ihre Stände geschlossen, ja sogar Beamte in fünf Ministerien streiken. Der spanische Mittelstand, der sich bisher sehr ruhig verhielt, greift, wie schon die Arbeiter, jetzt auch zu dem in Spanien immer noch verbotenen Kampfmittel Streik. Die Gründe für die Arbeitsverweigerung sind wirtschaftlicher und politischer Art: Die außergewöhnliche Steigerung der Lebenshaltungskosten (nach nicht offiziellen Angaben sind die Preise für die notwendigen von Arbeiterfamilien gekauften Waren im letzten Jahr um vierzig Pro-

zent gestiegen, sowie die Unzufriedenheit mit der von der Regierung kontrollierten Zwangsgewerkschaft. Hinzu kommt bei den Arbeitern häufig Solidarität mit den auf Grund von früheren Arbeitskonflikten verhafteten oder entlassenen Kollegen. Die Schauspieler lehnen ihre Vertreter in der Zwangsgewerkschaft ab, Gewerkschaftsminister Fernández Sordo weigert sich, mit der frei gewählten Kommission der Schauspieler zu verhandeln. Die Kleinhändler in den Markthallen sind mit den Polizeikontrollen ihrer Preise und Gewichte unzufrieden, die Beamten mit ihren Gehältern. Die Regierung befürchtet, daß es vielleicht doch noch zu einem Generalstreik kommen könnte, der, wenn er Erfolg hätte, das Ende des Regimes bedeuten würde.

Impressum

Jahrgang II, Nummer 7.
Erscheint 1975 monatlich
Verantwortlich im Sinne des Presserechts
H. Thielmann, 5 Köln 30.
Redaktionsanschrift:
VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!
46 DORTMUND 1, Postlagerkarte A 056998.
Bankverbindung: Postscheckamt Köln,
Konto Nummer 1801 - 68 - 500 H. Thielmann.

Unsere Ausgabe zum ersten Mai wird wieder so gestaltet sein, daß sie zum Massenverkauf geeignet ist. 1974 machten wir bei DGB-Kundgebungen gute Erfahrungen. Wir bitten alle Abonnenten und Leser, die in ihrer Stadt zusätzliche Exemplare bei Maifeiern und Kundgebungen verkaufen wollen, dies uns rechtzeitig mitzuteilen. Unser Ziel ist es, am ersten Mai dieses Jahres in jedem Industriezentrum mit der Zeitung vertreten zu sein. ●

VORAN BROSCHÜRE

» SOZIALISMUS ODER
KAPITALISMUS ? «

PERSPEKTIVEN FÜR DIE SOZIALISTISCHE
BEWEGUNG

Diskussionsdokument der Tendenz VORAN!

28 Seiten Din A5 mitkartoniertem Umschlag
Einzelexemplare DM 2,00 zzgl. Portokosten
Bei mehr als 5 Exemplaren 10 % Mengenrabatt

Zu beziehen über: VORAN! 46 Dortmund 1,
Postlagerkarte A 056998
Lieferung erfolgt nach Überweisung auf das
Konto: H Thielmann, Postscheckamt Köln,
Kontonummer 1801 - 68 - 500

DM 2,00 Jetzt bestellen!

SPANIEN vor der Revolution

IN DEN LETZTEN SECHS MONATEN FLAMMTE DER KLASSENKAMPF IN SPANIEN GEWALTIG AUF!

- Am 8. Januar 1975 stießen 4000 SEAT-Arbeiter (spanische Fiat) mit der Polizei in Barcelona zusammen. Die Polizei machte von Tränengas und Gummigeschossen Gebrauch.
- 3000 Stahlarbeiter streikten im Januar in Bilbao.
- 1000 Kaliarbeiter stießen mit der Polizei während einer Protestdemonstration gegen die Aussperrung zusammen. Die Polizei eröffnete das Feuer.
- 3000 IIT-Arbeiter streikten in Malaga im Dezember 1974 für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen.
- Im Oktober streikten 1500 Renault-Arbeiter in Valladolid, und 200 aus der Niederlassung in Sevilla besetzten ihre Fabrik.
- Im Baskenland streikten Ende 1974 über 200 000 Arbeiter in einem politischen Massenstreik gegen die politische Inhaftierung baskischer Nationalisten.

Diese Kämpfe stellen die wichtigste und tiefgreifendste Mobilisierung der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten dar. Die alten verfallenen "Sindicatos" - die vertikalen Faschisten- "Gewerkschaften" - werden boykottiert. Arbeiterorganisationen in den Betrieben verhandeln halblegal mit Gewerkschaftsleitungen um Lohnerhöhungen.

Der Franco-Staat schlägt mit aller Gewalt gegen kämpfende Arbeiter, demonstrierende Studenten, Nationalisten - er bewirkt damit aber nur immer heftiger werdende neue Unruhen.

Die Kämpfe an der Basis stellen die spanische Kapitalistenklasse vor die Frage: Liberalisierung oder weitere Repression?

Die portugiesische Revolution hat für die Sozialisten in aller Welt jetzt die Frage automatisch gestellt: Wann entfaltet sich die spanische Revolution? In welcher Form wird sie sich entwickeln?

Die Ereignisse in Portugal in der letzten Zeit geben Anlaß zur Meinung, daß die Politik der Arbeiterparteien keineswegs selbstverständlicherweise einen Weg nach vorne zeigt, sondern eine Neuauflage der Katastrophen der 30er Jahre verursachen könnte.

Eines ist sicher: Auf internationaler Ebene spielt die Situation in Spanien eine Schlüsselrolle; ein Gewitter braut sich zusammen auf der iberischen, dessen BLITZE und Donner ein Aufrütteln verursachen werden, das ganz Europa zu spüren bekommen wird.

Es ist äußerst wichtig für alle Genossen in der SPD, in den Gewerkschaften und bei den Jusos, diese Entwicklung intensiv zu studieren - vor allem da ja auf Deutschlands Schultern schon einmal das Schicksal und die Zukunft der Menschheit gelegen hat. Doch auch damals standen die spanischen Arbeiter an der Seite ihrer deutschen Brüder im Kampf gegen den Faschismus. Und auch in Spanien starben Deutsche im Kampf gegen diesen Virus.

SPANIEN HEUTE

Um die heutige Situation Spaniens zu konkretisieren, schauen wir uns einmal die wirtschaftliche Lage an. Genossen aus der SP Spaniens berichteten VORAN von einer Inflationsrate von 20 Prozent, von der riesigen Arbeitslosigkeit, die etwa bei der Bauindustrie in Malaga bei 20 Prozent liegt; sie sprachen von 40 Prozent der spanischen Gastarbeiter im Ausland, die über Weihnachten wieder nach Hause fahren und nicht mehr zu ihren "Gastgebern" zurückkehren sind; sie erzählten, daß 1974 im Durchschnitt sechs Streiks pro Tag stattfanden..

Diese Anzeichen sind gleichzeitig wirtschaftlich und geschichtlich bedingt. deswegen fangen wir erst mal mit der Geburt des letzten wirtschaftlichen Aufschwungs an, d.h. mit dem Tod einer Million Spanier in und nach dem Bürgerkrieg. In der Periode von 1929 bis 1936



sahen wir einen Produktionsrückgang von 77 Prozent! 1930 betrug in einigen Provinzen die Löhne ganze 50 Pfennig pro Tag! In der weltwirtschaftlichen Situation damals war der spanische Kapitalismus total unfähig, das Land zu modernisieren und den Lebensstandard zu erhöhen. (Diese Situation kannte auch Rußland vor den Revolutionen - 1905 und 1917).

Doch, allen Opfern der Arbeiter zum Trotz schlug die spanische Revolution fehl: Es fehlte eine konsequente Analyse der Lage, ein klares marxistisches Programm, eine klare marxistische Führung.

Die politischen Gründe dafür wollen wir später im Artikel analysieren. Die wirtschaftliche Folge der niedergeschlagenen Revolution war der Wiederaufbau des spanischen Kapitalismus. Es wurde versucht - mit gewissem Erfolg - eine protektionistische, selbstständige Wirtschaft aufzubauen, da die inländische Industrie nicht konkurrenzfähig war. Durch das Nationale Institut der Industrie griff der Staat ein, initiierte Unternehmen, und als sie einen gesunden Absatz auf die Beine brachten, wurden sie zu herabgesetzten Preisen an Privatunternehmen verkauft. Preise wurden hochgeschraubt, um den Profit zu vermehren. Auslandskapital wurde ermutigt zu investieren, es wurde angelockt durch den "Anreiz" niedriger Lohnkosten, keiner unabhängigen Arbeiterorganisation und brutaler Ausbeutung.

Während der 60er Jahre setzte das spanische "Wirtschaftswunder" die Welt in Erstaunen, als die Wachstumsrate 1960 bis '70 bei 7,6 Prozent lag - verglichen mit 4,8 Prozent in den OECD-Ländern. Sogar ohne Weltwirtschaftskrise stiegen jedoch die Preise durchschnittlich 20 Prozent pro Jahr und die Mieten verschlingen heute noch um die Hälfte des Monatslohns.

Für die Bauern sieht es auch nicht besser aus: über 50 Prozent unbaren Landes gehören 2 Prozent der Eigentümer, während 65 Prozent der Bauern weniger als 7% besitzen. Unter solchen Bedingungen wandern viele Bauern in die Stadt und suchen, trotz miserabler Löhne, Arbeit in den Industriezweigen, d.h. sie werden proletarisiert. Von 1950 bis 1970 sank so der Bevölkerungsanteil der Bauern und Landarbeiter von 47% auf 30%.

Auch die Mittelschichten, die früher dem "Caudillo" (Führer) treu waren, werden wirtschaftlich ausgequetscht und politisch durch die AKTIONEN der Arbeiter beeinflusst; bildhaft hat man das in Pamplona gesehen, wo die kleinen Ladenbesitzer und Geschäftsleute durch Straf-geld bedroht wurden, falls sie mit dem militanten Streik der 200 000 Arbeiter sympathisierten. Als Antwort hängten viele das Schild "geöffnet" ans Fenster, machten aber das Licht aus und die Rolläden runter.

Selbst Priester und sogar Bischöfe haben sich offen gegen das Regime ausgesprochen. In der Tat haben Franco und seine Clique sich von ihren gesellschaftlichen Wurzeln isoliert.

Die Verkleinerung der Bauern- und Mittelschicht durch die skrupellose Entwicklung des Kapitalismus bedeutet keine Vorteile mehr für das System. Gerade aus solchen Schichten entstand früher die Basis der Reaktion des faschistischen Regimes. Wir sehen aber jetzt daß sich diese "Emporkömmlinge" allmählich am Proletariat orientieren, daß auch die Besitzer kleiner Geschäfte und Läden in den kämpfenden Arbeitern eine positive Alternative sehen.

Das alles bedeutet, wie in den letzten Jahren klageworden ist, daß das Regime (und dadurch natürlich auch die Bosse) allein auf die Armee und verschiedene Polizeiarten zählen kann.

» Franco und seine Clique ohne soziale Basis «

Doch die spanischen Arbeiter lassen sich nicht einschüchtern: Straßenbarrikaden, Demonstrationen, und sogar Schlägereien und Schießereien mit der Polizei, bei denen schon mehrere Arbeiter getötet wurden, stehen auf der Tagesordnung, und diese Aktionen breiten sich weiterhin aus. Die spanische Bourgeoisie steckt in einer tiefen Krise - genauer gesagt in einer Sackgasse! Sie beobachtet mit Spannung und Angst den atemberaubenden Anfang der Revolution in Portugal - gleichzeitig hat sie die einheimischen Entwicklungen unter der Lupe. (Auf ihre Art und im Namen ihrer Interessen sind die Kapitalisten nämlich schon Internationalisten.)

Die alltäglichen Probleme trieben die Arbeiterklasse trotz möglicher Folter und Gefängnis zur zweitgrößten Streikwelle Europas. Ihre Unerschütterlichkeit kennt keine Grenzen; allmählich und mit größten Anstrengungen bauten sie ihre verbotenen Klassenorganisationen wieder auf - obwohl an jeder Ecke ein Agent der Geheimpolizei steht. Dieser Mut und diese Entschlossenheit zeigen, daß nach zwei Generationen Faschismus und Militärdiktatur die Arbeiter sich auf einen Kampf vorbereiten. Nach einer Zeit relativer Ruhe ist das spanische Proletariat jetzt offensichtlich zum Kampfe bereit.

Ob die Bourgeoisie jetzt zu weiteren Terrormaßnahmen greift oder ob sie versucht, zu liberalisieren, nichts kann die wachsende Macht der Arbeiter zurückhalten!

LIBERALISIERUNG ODER REPRESSION?

Doch selbst eine Liberalisierung kommt zu spät. Auf Grund einer der schwächsten Wirtschaftssituationen im Rahmen einer Weltwirtschaftsrezession, in der jedes kapitalistische Land die Bereitschaft eines Geiers offenbart, notfalls selbst schwächere Alliierte anzugreifen oder im Stich zu lassen, kann der spanische Kapitalismus die Wirtschaft nicht weiterbringen. Dazu kommt die Tatsache, daß von ausländischem Kapital total abhängig ist. 1972 gab es

in 60 der größten Konzerne des Landes ausländische Beteiligung, in 30 davon mehr als 50 Prozent. Sogar eine Expansion, Ende 1972, verursachte einen Zuwachs an ausländischen Investitionen. Außerdem kommt ein wichtiger Teil des Staatseinkommens direkt aus der Touristentasche, und dies ist jetzt auch rückläufig, bedingt durch Knappheit zu Hause wie auch durch die Beunruhigung über die explosive Lage in Spanien.

Die herrschende Klasse hofft auf den EG-Beitritt, muß aber selbst spüren, was die Konkurrenz auf dem "freien Markt für sie bedeuten würde. Ganz abgesehen von den internen Schwierigkeiten der EG! Verzweifelt horten die spanischen das Geld in Banken und warten.

DIE "JUNTA DEMOCRATICA"

Als sich die Fronten offenbarten, kamen von allen Seiten politische "Alternativen" zu Franco. "Politische Assoziationen" außerhalb der Falange-Organisation (Faschisten) sollen aufgebaut werden. (Diese werden aber den Prinzipien der Falange treu bleiben.) Der größte Teil der Bourgeoisie ist aber dagegen; stattdessen hört man immer mehr von einer "Junta democratica", die die Zügel der Gesellschaft in die Hand nehmen soll. Sogar die Kirche ist dafür, auch die Sozialistische Partei Spaniens wurde dazu eingeladen, die Führer der Partei waren auch grundsätzlich dafür. Doch die Parteibasis dachte anders und zwang ihre Führung, auf eine Mitarbeit zu verzichten.

Zwei Militärminister meinten, die Armee stehe außerhalb der Politik (!), und im übrigen sei sie nur zur Erhaltung des bürgerlichen Staates da und begrüße

demokratische Wahlen, Parteien usw.

Interessanterweise bevorzugt die Kirche in Spanien den Führer der kommunistischen Partei als Premier dieser neuen Regierung! Deutsche Sozialisten fragen sich wahrscheinlich, woher diese kirchliche Meinungsänderung kommt; auf einmal scheint es nicht mehr zu genügen, daß der Himmel uns allen gehört, sondern auch die Welt muß kommunistisch verwaltet und verteilt werden !! Doch das Gegenteil ist der Fall.

Trotz revolutionären Vokabulars stimmen die KP-Führer in ihren Perspektiven auffallend mit der Bourgeoisie überein. Dazu einige Beispiele aus der KP-Zeitung "Mundo Obrero" (Welt der Arbeiter): ... "Die politische Revolution, der Spanien bedarf, braucht gar nicht ein Bürgerkrieg klassischen Typs zu sein.... ..Mit den günstigen Kräfteverhältnissen für eine politische Umwandlung, bei der die Ultrarechten isoliert werden, wird diese politische Revolution weniger Gewalttätigkeit erfordern, als normal durch das Franco-Regime ausgeübt wird, um seine Machtposition instand zu halten...

...Die politische Revolution wird eine demokratische und nationale Umwandlung sein, bei der die größtmögliche Zahl von Kräften teilnehmen soll, die politische Freiheit wünschen...

...Schluß mit der Repression und eine Stimme für die Spanier, damit es jeder sozialen Klasse und jeder Partei möglich sein wird, demokratisch zu handeln....." (!!)

DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI HEUTZUTAGE

Gerade die KPS weiß ganz genau, daß die wirtschaftliche Lage Spaniens und die Rußlands 1917 sich wesentlich ähneln. Die Argumentation für eine bürgerliche-demokratische Revolution der Menschewiki in Rußland hat sich geschichtlich als völlig falsch erwiesen, da keine demokratische Revolution durch sie möglich war. Deswegen hatten die Arbeiter unter der Führung der Bolschewiki die Macht übernommen.

Genau wie in Spanien kam die Bourgeoisie zu spät auf die Bühne, um ihre

"Die Jungsozialisten erstreben in der Kontinuität der Arbeiterbewegung stehend und gestützt auf deren Ergebnisse eine sozialistische Gesellschaftsordnung, die die Einheit von Sozialismus und Demokratie voll entfaltet.." (Juso-Bundeskongreß 1974 in München)

So oder ähnlich haben die Jungsozialisten seit 1969 ihre politische Zielsetzung formuliert. Die Bundesvorsitzende Heidi Wieczorek-Zeul ist zuversichtlich darüber, daß die Jusos die SPD der 80er Jahre darstellen.

Das bedeutet, daß die heutigen Jusos, wenn sie ihren Grundsätzen treu bleiben, in den 80er Jahren die führende Kraft einer sozialistischen Umwandlung in der BRD darstellen müßten. In der Kontinuität ihrer Absichten und Bekundungen müßten dann Heidi Wieczorek-Zeul, Wolfgang Roth und Karlsten Voigt als Kabinettsmitglieder einer Regierung des demokratischen Sozialismus in den 80er Jahren die Politik der "antikapitalistischen Strukturformen" und der "Demokratisierung aller Lebensbereiche" konsequent durchführen und die sozialistische Gesellschaft einführen.

In der Tat jedoch hatten wir seit dem ersten Weltkrieg in einer ganzen Reihe von Ländern sozialistische Regierungen mit weitaus radikalerem Programm und klareren Endzielvorstellungen als die heutigen Jusos, wobei aber in den meisten Fällen nicht einmal das Minimalprogramm verwirklicht wurde. Die englische Labour Party hat ein volles Verstaatlichungsprogramm und eine absolute Mehrheit, ohne daß der Kapitalismus sich vor dem Kabinett Wilson zu fürchten braucht.

Der Juso-Bundesvorstand hat bisher nicht klar dargelegt, wie er nun aus diesen Lehren der Geschichte lernen will und in der BRD erfolgreich den Kapitalismus überwinden will.

Sind all diese Lehren der internationalen Arbeiterbewegung gar nicht relevant für die BRD?

Eine intensive, breit angelegte Diskussion wurde in den Reihen der Jusos entfacht durch den Militärputsch in Chile vom September 1973. Die Juso-Führung hatte bisher die chilenische Volksfrontregierung als ein "historisches Bündnis" und "Etappe auf dem Wege zum Sozialismus" bezeichnet. Nach dem unkritischen Beifall kam dann die Ernüchterung:

Warum müßten in dem blutigen Putsch 50 000 aktive Sozialisten und Gewerkschaftler ihr Leben lassen? Plötzlich diskutierte man über Lehren aus Chile, die grundsätzliche Rolle des Staates, die Frage der demokratischen Zuverlässigkeit der Armee und die Frage eines parlamentarischen Weges zum Sozialismus.

Die Ereignisse in Chile haben erneut die Richtigkeit der marxistischen Staatstheorie bestätigt. Wenn die Jusos als eine führende Kraft in den 80er Jahren den Sozialismus (und eine Niederlage verhindern) wollen, müssen sie diese marxistische Staatstheorie als Grundlage ihrer Strategie akzeptieren.

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Baden-Württemberg 1973 hat den Bundesvorstand aufgefordert:

".....die...Fehler in der Einschätzung der Lage Chiles und irreführende und verhängnisvolle Illusionen etwa über die Rolle der Armee zu revidieren sowie für Westeuropa und die BRD Lehren aus der blutigen Niederlage der chilenischen Arbeiterklasse zu ziehen."

Der Bundeskongreß 1974 beauftragte den Bundesvorstand, eine Vorlage zur Frage Reform und Staat zu erarbeiten.

Die unter dem Titel "Juso-Argumente, Problem 13, Reform und Staat" herausgegebene Vorlage des alten Bundesvorstandes enthält, obwohl nur als Diskussionsbeitrag zum Bundeskongreß verstanden, nach unserer Meinung schwerwiegende Fehler, auf deren Grundlage eine erfolgreiche sozialistische Strategie niemals zum Erfolg führen kann.

Im ersten Abschnitt bekennen sich die Verfasser eindeutig zum parlamentarischen, institutionellen Weg zum Sozialismus:

Das Ziel des demokratischen Sozialismus läßt sich nur erreichen, wenn sowohl die "Institution Staat" in Inhalt, Funktionen und Formen verändert wird, als auch, wenn Veränderungen durch den Staat selbst möglich sind.

Also Sozialismus nur dann, wenn er mit diesem Staat vereinbar ist?

Demgegenüber steht die klare Aussage des ehemaligen Bundesvorstandsmitgliedes Heinz Kopp, der auf dem Oberhausener Kongreß 1972 ganz klar sagte: "Wir wiegen uns nicht in der Hoffnung, den Sozialismus mittels Stimmgabel zu erreichen."

"Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann". (Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich)

Weiter unten wird das Bekenntnis zum evolutionären Weg jedoch in Frageform eingeschränkt:

Können staatliche Institutionen für eine Politik antikapitalistischer Strukturformen genutzt werden? In welchem Umfang und unter welchen Bedingungen gibt es solche Möglichkeiten?

Streitig war auch immer, ob der Staat überhaupt positive Funktionen im Rahmen einer sozialistischen Strategie haben kann.

"Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sichereren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten. So gelangt man von den politischen Ansichten des Revisionismus zu demselben Schluß wie von seinen ökonomischen Theorien: daß sie im Grunde genommen nicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen." (Luxemburg, Sozialreform oder Revolution)



Allerdings ist dies sehr streitig! In noch keinem Land ist es gelungen, selbst bei stabilen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen für sozialdemokratische Parteien, auf parlamentarischem Wege und in Kooperation mit dem Staatsapparat eine sozialistische Strategie durchzusetzen. Alle Versuche, in einem kapitalistischen Staat, wie ihn das Papier ja klar nennt, die Machtverhältnisse grundlegend zu verändern, sind meistens mit verheerender Wirkung fehlgeschlagen.

Um jedoch die Politik der "systemüberwindenden Reformen" aufrechtzuerhalten, führt der Bundesvorstand "Ansatzpunkte für die Durchsetzung antikapitalistischer Interessen" in den staatlichen Institutionen an:

Zur Erhaltung von Massenloyalität muß staatliches Handeln Zugeständnisse an antikapitalistische Interessen machen. Deren Art und Umfang hängt entscheidend ab von der Stärke und Intensität sozialer Konflikte, von dem Druck der organisierten Arbeitnehmer auf die Institutionen des Staates und damit von Mobilisierung und Politisierung der arbeitenden Menschen. Die im Zuge solcher sozialer Konflikte erkannten Positionen verbessern gleichzeitig die allgemeine Voraussetzung für die weitere Durchsetzung antikapitalistischer Interessen in späteren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen (z. B. durch Koalitionstrennung, Wahlrecht, Betriebsverfassung, Gesundheitsschutz usw.).

Im staatlichen Handeln schlagen sich also heute schon antikapitalistische Interessen nieder (z. B. Mitbestimmungsgesetzgebung).

"Darum sei hier nochmals, wie so oft schon früher, darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht etwa darum handelt, ob Arbeiterschutzgesetze und sonstige Gesetze im Interesse des Proletariats, ob Gewerkschaften und Genossenschaften notwendig und nützlich sind oder nicht. Darüber gibt es nicht zweierlei Meinungen unter uns. Bestritten wird bloß die Anschauung, als könnten die ausbeutenden Klassen, die über die Staatsgewalt verfügen, eine solche Entwicklung dieser Faktoren zulassen, daß sie eine Befreiung vom kapitalistischen Druck bedeuteten, ohne vorher mit allen Machtmitteln solchen Widerstand zu leisten, daß er nur durch einen Entscheidungskampf beiseitigt werden könnte." (Kautsky, Der Weg zur Macht)

Diesem Zitat von Kautsky ist nichts hinzuzufügen.

Jeder Marxist wird die Notwendigkeit von Reformen einsehen und wirkliche, echte Verbesserungen der Lebensbedingungen begrüßen. Was wir jedoch ablehnen ist die Ideologie des Reformismus, die aus erkämpften Errungenschaften (niemals haben die Kapitalisten freiwillig Geschenke gemacht) die Schlußfolgerung ziehen, daß diese Schritte, mögen sie auch noch so klein sein, über eine stufenweise Entmachtung der Kapitalisten zur Errichtung des Sozialismus führen können.

Alle Reformen, die den Lebensstandard der Arbeiter wesentlich verbessert haben, mußten erkämpft werden und wurden so oder so mit den Früchten ihrer eigenen Arbeit finanziert. Reformen sind nicht mehr als Brotkrumen, die in der Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg vom Tisch der Kapitalisten gefallen sind. Eine Verbesserung der tatsächlichen Lage war im kapitalistischen Rahmen nur möglich durch erhöhte Arbeitsproduktivität, weitere Technisierung, verschärfte Ausbeutung und Frauenarbeit in großem Umfang.

Wenn sich der Kapitalismus in seiner Wachstums- und Blüteperiode Zugschwächen "erlauben" konnte, so ist es abenteuerlich, dies als antikapitalistische Tendenzen anzusehen. Die internationale Phase des Konterreformismus, des Abbaus von Reformen, sollte doch jedem deutlich vor Augen führen, was es mit solchen "antikapitalistischen Interessen" auf sich hat.

Sicherlich wurden gerade auch auf dem Bildungssektor große Reformen durchgeführt, deren Folge ein Zugang zu höherer Bildung für eine immer größere Zahl - auch für mehr Arbeiterkinder - war. Den Kapitalisten ging es dabei jedoch niemals darum, das "Recht auf Bildung" für alle Lern- und Studierwilligen unabhängig vom Geldbeutel zu verwirklichen, sondern sie benötigten für ihre Technologie immer mehr qualifizierte Fach- und für ihren Apparat immer mehr Führungskräfte.

macht 1975 zum jah

AKTIONSPROGRAMM FÜR DIE ARBEITERJUGEND!

INITIATIVANTRAG DER JUSO-ARBEITSGEMEINSCHAFT ALTHENGSTETT ZUR LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER JUSOS BADEN-WÜRTTEMBERG

Die internationale Krise des Kapitalismus hat auch die BRD nicht verschont. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Inflation haben den Lebensstandard der Arbeiterklasse stark angegriffen. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung war im Rahmen dieses Systems gezwungen, zum Sparen und Maßhalten aufzurufen und ließ unter dem Druck der Kapitalistenklasse frühere Reformvorhaben fallen.

Die Arbeiterklasse hat im Herbst/Winter 1973/74 in offiziellen und inoffiziellen Streiks Maßnahmen zur Verteidigung des Lebensstandards ergriffen. 1974 stand im Zeichen der höchsten Arbeitslosenquote seit Jahrzehnten. In lokalen Demonstrationen wiesen die Betroffenen auf Betriebsstilllegungen und Jugendarbeitslosigkeit hin. Die Gewerkschaftsführung startete eine Kampagne zur sofortigen Durchsetzung ihrer Forderungen zur Berufsausbildung. Der DGB-Jugendkongreß brachte ebenfalls klar zum Ausdruck, daß die jungen aktiven Gewerkschaftler von der SPD eine sofortige Durchsetzung ihres Reformprogramms erwarten.

Wie sonst wäre es zu erklären, gerade jetzt, in einer Zeit der internationalen Rezession, der Zugang zu den Hochschulen erschwert, die Prüfungsbedingungen verschärft werden und die Akademikerzahl gesenkt werden soll. Sind das auch antikapitalistische Interessen???

Nicht einmal reformistische Gewerkschaftsführer und linke Sozialdemokraten haben dem Mitbestimmungskompromiß antikapitalistische Strukturen nachweisen können..

"Aber wie jede andere Regierungsform, so wird auch die Republik durch das bestimmt, was ihren Inhalt ausmacht. Solange sie die Form der bürgerlichen Demokratie ist sie uns ebenso feindlich, als gendene Monarchie.....Es ist deshalb eine ganz unverzeihliche Illusion, sie ihrem Wesen nach für eine sozialistische Form zu halten. Wir können ihr Konzessionen entreißen, aber sie niemals mit der Ausführung unserer eigenen Aufgaben betrauen, selbst wenn wir sie durch eine Minorität kontrollieren könnten, die stark genug ist, daß sie sich von heute auf morgen in die Majorität verwandeln kann." (Engels, Brief an die Neue Zeit)

Aus der chilenischen Niederlage der Arbeiterklasse heraus scheint der Bundesvorstand die "Gefahr, daß sich konservative und reaktionäre mit Teilmachtstaatlichen Machtapparates verbindende und deren Durchsetzung zu verhirten..." erkannt zu haben.

Als Antwort darauf wird einfach strak gesagt: "...der staatliche Apparat und die Bürokratie muß auch auf die Demokratie verpflichtet bleiben, wenn ihre kapitalistischen Schranken beseitigt werden.."

Was soll das heißen? Sollen die Spitzen der "militärisch-bürokratischen Maschinerie" (Marx) ein Gelöb unterschreiben, in dem sie sich zu Demokratie bekennen? Sollen diese Führungskader der Bourgeoisie weiterhin an Macht bleiben, während ihre gesellschaftliche Grundlage beseitigt ist? Hat sich nicht auch Pinochet zur Demokratie bekannt - vor dem September

Karl Marx hat für diesen Fall - wie es in der Vorlage heißt - die kapitalistischen Schranken beseitigt auf zwei "unfehlbare Mittel" der Kommune verwiesen:

1. Jederzeitige Absetzbarkeit aller Funktionäre
2. Durchschnittlicher Arbeiterlohn alle im öffentlichen Dienst

Nach der Vorlage des Bundesvorstandes ist die parlamentarische Demokratie der BRD weitgehend als Form demokratischen Sozialismus akzeptiert es gehe nur darum, die demokratischen Ansprüche voll zu verwirklichen.

Die Jungsozialisten haben in praktischen Arbeit im abgelaufenen nicht in überzeugender Weise eine sozialistische Alternative zu den vitalen Krisenerscheinungen in allen Lebensbereichen angeboten. Die Genossen in den Arbeitsgemeinschaften haben Beschlüssen vom Münchener Bundeskongreß keine praktischen Anleitungen zur "sozialistischen Umgestaltung" und "Betriebsarbeit entziehen können. Auf der Grundlage abstrakter Feststellungen ist es den Jungsozialisten nicht gelungen, die gewerkschaftliche Ebene recht aktiv gewordenen Jungarbeiter in großen in die Arbeitsgemeinschaften zu integrieren und sie im Kampf für den Sozialismus zu einigen.

Die Krise hat breite Schichten der Arbeiterklasse - vor allem die nach Kriegen aufgewachsene jüngere Generation radikalisiert und zum Handeln gezwungen. Für die Jugendorganisation der traditionellen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse bedeutet dies eine günstige Möglichkeit, einen sozialistischen Weg aus der Krise aufzuzeigen und bei Hunderttausenden von Arbeitern, Jugendlichen und StudentInnen neue Ohren zu finden.

Dies kann jedoch weder mit alter Sozialismuspropaganda noch mit

Welcher Weg zum Sozialismus ?

In der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik sind die entscheidenden Elemente einer demokratischen Staatsorganisation angelegt; allerdings werden sie unter den herrschenden Bedingungen nicht umfassend verwirklicht. Dazu zählen: Allgemeine, freie und heimliche Wahlen, die Möglichkeit organisierter Opposition, die Unabhängigkeit der Rechtsprechung in der politischen Führung, die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber der politischen Führung, der Arbeitnehmerschutz, eine verwirklichte Meinungs- und Versammlungsfreiheit, der gesamte Katalog der Grundrechte des Grundgesetzes und dessen unveränderbare Bestandteile. Diese Ansprüche der geltenden Verfassung sind konstitutive Elemente des demokratischen Sozialismus. Sie sind Ansatzpunkt, den Widerstand zwischen Verfassungsanspruch und Verfassungswirklichkeit zu überwinden, denn anhand dieser demokratischen Elemente im staatlichen Bereich lassen sich Forderungen und Modelle zur Demokratisierung aller Lebensbereiche entwickeln.

Abgesehen davon, daß in der BRD die Entscheidungsmacht momentan von der politischen Führung (sprich: Bundesregierung) ausgeht, ist es nicht von der herrschenden Klasse, die ja nicht unbedingt der politischen Führung deckungssicher zu sein braucht, und abgesehen davon, daß die Pressefreiheit täglich



beschränkt wird (Zeitungssterben) längst nicht alle Grundrechte verwirklicht sind (KDV, Bundeswehr, Recht Arbeit und Ausbildung) - diese Elemente sind ja nicht nur "nicht umfänglich", sondern vielfach außer Acht gesetzt! - ganz abgesehen davon, daß Marx anhand der Kommune klar dargelegt hat, was die Kennzeichen einer proletarischen sozialistischen Republik sind:

- Abschaffung des stehenden Heeres und seiner Ersetzung durch das bewaffnete Volk.
- Abschaffung der Verantwortlichkeit und jederzeitige Verantwortbarkeit der demokratisch gewählten Institutionen.
- Die Kommune als gesetzgebende wie auch ausführende Körperschaft.
- Die Abschaffung der Trennung zwischen Staat und Gesellschaft, die die Arbeit der Arbeiterklasse entkleidet und zum jeder zugänglichen Werkzeug der Kommune macht.
- Abschaffung der Beamten aller anderen Berufsstände.
- Abschaffung der öffentlichen Dienst zum gewöhnlichen Arbeiterlohn.
- Abschaffung der Privilegien der hohen Beamten.

Umororientierung

Die Jutos haben sich bisher in der Sache mit zwar wichtigen, jedoch nicht zentralen Problemen der gegenwärtigen Gesellschaft befaßt. Wenn sie als politischer Faktor weiterhin Einfluß gewinnen wollen, so müssen sie ihre Arbeit auf Basis umorientieren: weg von den Initiativen, Kinderspielplätzen, Jugendclubs, in den Betrieben und Ausbildungsstätten. In Kontakten mit Gewerkschaftsjugendgruppen können sie sich ein Bild von der Lage der Jungarbeiter schaffen.

Zusammenarbeit mit allen erreichbaren Arbeitern müssen die Jungsozialisten einen Forderungskatalog ausarbeiten, der die zentralen Probleme der Arbeiter, also Arbeitslosigkeit, Berufsausbildung, Bezahlung, Wehr- und Ersatzdienst, Gesundheitswesen, Weiterbildung schildert

8. Auflösung und Enteignung der Kirchen.
9. Richterliche Beamte werden öffentlich gewählt, verantwortlich und absetzbar.
10. Kommune als politische Form selbst des kleinsten Dorfes.
11. Die noch für eine Zentralregierung verbleibenden Funktionen werden an kommunale, d.h. streng verantwortliche Beamte übertragen.
12. Vernichtung jeder Staatsmacht, die ein Schmarotzerausdruck war.
13. Nicht der alte Parlamentarismus, sondern das in Kommunen konstituierte Volk.

Ohne diese Punkte zum Dogma erheben zu wollen, glauben wir dennoch, daß in der Aufzählung wesentliche Elemente enthalten sind, die unabdingbare Voraussetzungen für eine demokratische, proletarische, sozialistische Staatsorganisation als Übergangsstadium zum Sozialismus bilden.

Die Vorlage des Bundesvorstandes schließt ab mit der Bemerkung:

Weder spontane Selbstregulierung der Gesellschaft, noch ein Absterben des Staates, sondern dessen Demokratisierung auf der Basis und im Zuge einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist das Ziel des Sozialismus.

Die Zukunftsperspektive bei Friedrich Engels sieht dagegen anders aus:

"Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschinerie dahin, wo sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt." (Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats)

Dieser Artikel soll keine bloße Gegenüberstellung von marxistischer Staatstheorie und der Theorie des Juto-Bundesvorstandes sein. Aber wir sind der Meinung, daß der Anspruch unserer Juto-Führung auf "marxistische Positionen", "marxistische Analyse" und daraus resultierende konkrete Schlußfolgerungen an dem gemessen werden muß, was die marxistischen Theoretiker seit Marx konkret geschrieben haben.

und mit konkreten Forderungen den Zusammenhang mit der Frage einer sozialistischen Gesellschaft aufzeigt.

Wir beauftragen den Bundesvorstand, die Arbeiten zur Erstellung eines Kampfprogramms der Jutos für die Jungarbeiter zu koordinieren. Dies muß in den nächsten 12 Monaten absoluten Vorrang haben. Alle anderen wichtigen Probleme wie Hochschulen, Gesundheitspolitik etc. müssen in ein solches Programm eingegliedert werden. Nur mit einem umfassenden Programm und Forderungskatalog können die Jungsozialisten eine breite Schicht von Jugendlichen für den Sozialismus gewinnen.

Die Angriffe auf den Lebensstandard erfordern eine klare Antwort seitens der Jungsozialisten:

- o Gegen Arbeitslosigkeit - einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn für alle.
- o Gegen Inflation - eine gleitende Lohnskala, Lohnerhöhungen gemäß der Inflationsrate.
- o Für gewerkschaftliche Preiskontrolle.
- o Offenlegung der Geschäftsbücher.
- o Verstaatlichung der Großkonzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung.
- o Das SPD-Reformprogramm verwirklichen - durch Verstaatlichung der Großkonzerne Versicherungen und Banken.

Die links-technokratischen und links-bürokratischen Schablonen der Juto Spitze ignorieren die spontane und oft widersprüchliche Bewegung der Klasse, mit Ebbe und Flut, Auf und Ab. In tief pessimistischer Einstellung und ohne Vertrauen in die Kampfkraft wird eine völlig praxisferne Politik der relativ größeren Schritte angeboten. Wie lassen sich spontane Bewegungen der Klasse wie die riesigen Streikwellen seit 1968 in Frankreich, Italien, Portugal, Dänemark und England mit einer kalten Schablone vereinbaren? Was hätte unsere Juto-Führung zu sagen, wenn wie in Frankreich im Mai 1968 12 Millionen Arbeiter ihre Fabriken besetzten? Etwa: "Jetzt konsequente paritätische Mitbestimmung, sektorale Preiskontrolle, regionale Strukturpolitik, demokratische Investitionslenkung"?

Wir glauben, daß große Stürme auch in der BRD anstehen, die allen Reformisten Gelegenheit geben werden, ihre Strategievorstellungen zu testen! Noch vor einem Jahr wurden wir ausgelacht, als wir eine Million Arbeitslose bis Weihnachten 1974 prophezeiten!

Der Marxismus darf weder als Dogma noch als eine historische Lehre verstanden werden. Marxismus bedeutet Methode, marxistische Theorie heißt Verallgemeinerung aller historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung.

Der Marxismus ist die Waffe, mit der die Arbeiterbewegung ihren historischen Auftrag erfüllen kann, die Menschheit von allen Fesseln zu befreien und eine Zukunft mit bisher noch nie geahntem Fortschritt einzuleiten. Dies gilt gerade im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, wo die Alternative für die ganze Menschheit, nicht nur das Proletariat, lautet: SOZIALISMUS ODER VERNICHTUNG ALLER MENSCHLICHEN KULTUR!

Die Jutos haben keine Zeit mehr für bequeme Illusionen oder schöne Wortspielereien... hg

DER GENOSSE F. AUS DER JUSO-AG ALTHENGSTETT BERICHTET "VORAN!", WESHALB ER DIESEN INITIATIVANTRAG BEI DER LANDESDELEGIERTENKONFERENZ MIT EINBRACHTE:

In unserer AG haben wir einige Male über die Orientierung der Jutos diskutiert. Uns erschien der ungesunde große Anteil von Studenten und Akademikern als symptomatisch für die gegenwärtige Fehl-orientierung der offiziellen Juto-Politik. Wir sind der Meinung, daß es ohne eine aktive Mehrheit von Arbeitern nicht möglich ist, den historischen Auftrag zu erfüllen und die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen.

Karl Marx hat erkannt, daß von allen gesellschaftlichen Klassen nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse ist. Ein Genosse sagte auf der Konferenz richtig, daß das Schicksal der Jutos vom Grad der Verankerung in der arbeitenden Bevölkerung abhängt.

Wir haben in unserer kleinen, ländlichen AG verschiedene Initiativen gestartet: Veranstaltungen zu Lohnrunde, Ölkrise, Reformen und Arbeitslosigkeit, AG-Sitzungen mit Arbeitern und Gewerkschaftlern aus unserem SPD-Ortsverein. Dabei wurde uns deutlich, wie sehr die aktiven Schichten der Arbeiterklasse durch die Krise unseren Alternativen und auch theoretischen Fragen gegenüber aufgeschlossen sind.

Mich persönlich haben auch die Vorgänge bei der Schließung der DVA in Stuttgart tief beeindruckt. Die betroffenen Arbeiter und Angestellten verbreiteten die Parole "Gebt uns die DVA - wir machen es besser!" Dies wäre für die dortigen Jutos ein guter Ansatzpunkt gewesen, um die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit der sozialistischen Alternative darzulegen.

Ich meine, daß solche Fälle wie die DVA sich in Zukunft häufen werden. Dabei müssen die Jutos bereit sein, zu den betroffenen Arbeitern hinzugehen und ihnen zuzuhören, aus ihren Erfahrungen zu lernen. Dann werden die Arbeiter auch bereit sein, konkrete Forderungen und Perspektiven der Jutos aufzugreifen und zu akzeptieren.

"Jetzt gilt es, für diese Forderungen solidarisch einzutreten. Später ist es zu spät." (IG-Metall-Jugend zur Berufsausbildung. Dies ist, wie in Voran Nr. 7 bereits angedeutet, ein Zeichen für jede Juto-AG, auf lokaler Ebene Verbindung zu Gewerkschaftsjugendgruppen aufzunehmen, ihre Vertreter anzuhören und eine politische Lösung anzubieten.

THESEN DES JUSO-KREISVERBANDES BÖBLINGEN ZU "REFORM UND STAAT", JUSO-LDK BADEN-WÜRTTEMBERG.

Maßnahmen, die die momentane materielle Lage der Arbeitnehmer verbessern, sind grundsätzlich notwendig. Darüber hinaus müssen Reformforderungen aufgestellt werden, die als Versuche zu verstehen sind, die politische Bewußtwerdung und die Kampfmöglichkeiten der Arbeiterklasse zu verbessern.

Die notwendige Verstärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse kann nicht durch Reformforderungen erreicht werden, die davon ausgehen, daß es möglich ist, innerhalb unseres jetzigen Systems schon bestimmte, typischen Erscheinungsformen gerade dieses Systems (z.B. Arbeitslosigkeit) grundsätzlich verhindern zu können. Solche Reformforderungen zerschlagen die Möglichkeiten, diejenigen Zielvorstellungen aufbauen zu können, die bei zukünftigen Kämpfen über dieses System hinausweisen.

Kämpfe deshalb, weil das Privateigentum an Produktionsmitteln niemals allmählich, fast unbemerkte unterhöhlt und dann abgeschafft werden kann.

Freie Diskussion Einheit der Arbeiterklasse Unabhängigkeit vom Staat

Diese Kämpfe um eine Änderung der Machtverhältnisse in unserer Gesellschaft können nur erfolgreich sein, wenn die Arbeiterorganisationen gestärkt werden. Ihre Elemente müssen sein: Freie Diskussion, Einheit auf der Grundlage der Interessen der Arbeiterklasse, Unabhängigkeit von allen bürgerlichen Institutionen. Eine der zentralen Aufgaben der Jutos wird es sein, sich in Zukunft verstärkte für die Durchsetzung dieser Prinzipien in den Arbeiterorganisationen einzusetzen. Dies ist nur möglich, wenn sie tatsächlich dort auch organisiert sind.

Die Jutos müssen diese Orientierung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen, wenn sie nicht weiter stagnieren und schließlich von der Bewegung der Arbeiterklasse überrollt werden wollen.

Der Initiativantrag der AG Althengstett verkennt natürlich nicht, daß eine Reihe von AGs in dieser Richtung bereits positive Schritte unternommen haben. Uns geht es vielmehr darum, alle diese positiven Ansätze zusammenzufassen, zu verbinden, zu einem einheitlichen Aktionsprogramm zu machen. Dies geht nur zentral und bundesweit, also wenn der Bundesvorstand ein solches Aktionsprogramm erstellt, das diesem Anspruch wirklich gerecht wird.

Unsere Landeskonferenz hat mir erneut vor Augen geführt, wie dringlich eine Proletarisierung der Jutos geworden ist. Die wenigen Arbeiter, die als Delegierte gekommen waren, standen teilnahmslos abseits der großen Debatten. Studenten und Akademiker beherrschten die Bildfläche, es blieb beim Abstrakten. Genossen aus dem Landesvorstand sprachen fröhlich von "systemimmanenten, demobilisierenden" und "systemüberwindenden, positiven, systemsprengenden" Reformen, als ob es ihnen in ihrem praxisfernen Eifer entgangen wäre, daß ein Kapitalismus in der Krise erreichte Sozialreformen wieder abbaut, also Konterreformen durchführt und selbst in der BRD, einem der stabilsten kapitalistischen Länder, es nach Hans Apel und Regierungssprecher Gründewald "auf Jahre hinaus" keine Reformen mehr geben wird. Als Sozialisten müssen wir alle erkämpften Reformen und alle Forderungen der Gewerkschaften nach sozialen Reformen unterstützen - aber auch gerade und vor allem in einem Zeitalter der Konterreformen müssen wir aufzeigen, daß der Kampf um eine weitere Verbesserung der Lebensbedingungen nicht schrittweise und über Zwischenetappen in diesem System erfolgen kann, sondern nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Schranken des kapitalistischen Wirtschaftschaos durchbrochen werden.

Dies geht nicht mit verbaler Sozialismuspropaganda oder der idealistischen Parole "Sozialismus-weil's vernünftig ist" - sondern indem wir unsere konkreten Forderungen aus den Tageskämpfen ableiten und zeigen, daß der Sozialismus notwendig ist, um ein Dasein frei von Krisen, Existenzangst und Ausbeutung zu garantieren.

Der neue Bundesvorstand ist aufgerufen, in diesem Sinne das Jahr 1975 zu einem Jahr der Umorientierung zu machen und die Jutos in eine führende Kraft bei der Erkämpfung der sozialistischen Demokratie in der BRD umzuwandeln.

gesellschaftliche Rolle völlig ausnützen zu können; genau wie in Spanien in den 30er Jahren waren es die Arbeiter, die am ernsthaftesten für die "Demokratie" (in Spanien für die Republik) kämpften und die am härtesten sich gegen die Reaktion wehrten (in Barcelona schlugen die Arbeiter die Faschisten in 36 Stunden nieder).

Zu sagen, daß das Erfordernis der Zeit eine demokratische Revolution ist, heißt, die Geschichte zu verdrehen, heißt die Millionen Leichen der Arbeiter und Bauern, die im Namen sowohl der Republik als der Arbeiterdemokratie gefallen sind, glatt zu verspotten!

In den 30er Jahren in Spanien ging es um den Kampf zwischen der einzigen fortschrittlichen und revolutionären Klasse - der Arbeiterklasse - und der letzten und brutalsten Alternative des Kapitalismus - dem Faschismus.

Heute stecken die Kapitalisten wieder in der Klemme, doch die Arbeiter sind wesentlich stärker als je zuvor, viel stärker auch als die russischen Arbeiter damals. Und wenn es "demokratische" Kapitalisten und soziale Klassen gibt, die echte Demokratie wünschen, sind sie in den Reihen der Arbeiterklasse willkommen - laß sie dann die Arbeiter unterstützen!

Die Arbeiter kämpfen instinktiv für eine neue Gesellschaft, gegen alle Ausbeutung, auch gegen die liberale Ausbeutung der liberalen Kapitalisten. Ihre Klassenzugehörigkeit läßt sich schon dadurch erkennen, daß sie "liberal" als Bestimmungswort haben, und "Kapitalist" das Hauptwort ist.

Die KP will dennoch (der Geschichte zum Trotz) sich wieder einer "Volksfront" anschließen. Sie sagt das zwar nicht zu deutlich, doch ihre Einstellung, die einzige Lösung sei eine Klassenallianz, ist klar und deutlich.

Wir müssen hier vorher warnen, daß diese Strategie immer zwangsläufig zu einer blutigen Niederlage geführt hat und führen wird, wenn der Feind nicht bloßgestellt und politisch und wirtschaftlich niedergeschlagen wird.

Wir haben im Rahmen dieser Ausgabe zu wenig Platz, um ausführlich die spanische Revolution 1931-37 und den Bürgerkrieg 1936 bis 1939 umfassend darzustellen. Wir wollen uns hier mit den Haupttendenzen der spanischen Revolution begnügen.

Der spanische Kapitalismus litt im Vergleich zu seinen Konkurrenten das ganze 20. Jahrhundert durch unter seiner enormen Rückständigkeit. Die Krisen im Weltkapitalismus 1920 und 1929 trafen ihn schwer.

In den 20er und 30er Jahren fanden statt: ein Staatsstreich und Militärregierung unter Primo de Rivera, Meutereien in der Armee, regionale und koloniale Aufstände, Generalstreiks, Enteignungen, Abschaffung der Monarchie, Parlamentswahlen, Terrorwellen, Arbeitslosigkeit und Zusammenbruch der Wirtschaft, Attentate, Volksfrontregierung und Bürgerkrieg. Der spanische Kapitalismus - wie der deutsche - war zu schwach, um sich freie Arbeiterorganisationen leisten zu können. Die herrschende Klasse bediente sich aller Mittel, um die Bewegung der Arbeiterklasse zum Entgleisen zu bringen, sie zu enttäuschen und zu provozieren, zu unterdrücken. In jener Epoche war keine stabile bürgerliche Demokratie möglich. Die Arbeiterparteien zogen die Konsequenzen aber nicht: eine sozialistische Arbeiterrepublik zu errichten, um die wirtschaftliche Entwicklung sozialistisch voranzutreiben und ein breites Reformprogramm auf der Basis zu verwirklichen.

Stattdessen versuchten die Arbeiterführer in der Volksfrontpolitik die Reformpolitik auf der Grundlage des Kapitalismus in der Krise durchzuführen, provozierten dadurch den Widerstand der Bauern und des Mittelstandes, lieferten also der faschistischen Reaktion Kanonenfutter für die Konterrevolution. Der gleiche Fehler ist jetzt auch in Chile begangen worden, droht in Portugal und könnte übermorgen in Spanien zum zweiten Male passieren.

In der Zeit zwischen 1931 und 1937 hätte das spanische Proletariat nicht nur eine, sondern mehrere erfolgreiche Revolutionen durchführen können - so groß war die Opferbereitschaft und der Mut der Arbeiter.

Nach dem Aufstand Francos im Sommer 1936 gegen die Volksfrontregierung bewaffneten sich die Arbeiter und besetzten alle Regierungsgebäude, Fabriken, Häfen usw.

Auch die Bauern haben am Anfang eifrig mitgemacht - sie besetzten das Land, vertrieben die Großgrundbesitzer, verbarrikadierten die Kirchen, die als Burgen der Faschisten dienten. Die Soldaten meuterten in zwei Dritteln des Landes und gingen zu den Arbeitern über. Die sozialistische Revolution schien gesichert. Spanien war in Arbeiter- und Bauernhand!

Franco konnte zunächst nur schwarze Truppen aus den Kasernen Marokkos organisieren. Drei Jahre später hatte er ganz Spanien besetzt und erobert, eine Million Arbeiter und Bauern waren tot, der Faschismus herrschte im ganzen Lande!

DIE LEHREN DES BÜRGERKRIEGS 1936 - 1939



Die Erklärung für eine solche verheerende Niederlage liegt darin, daß die Volksfront im Namen des "demokratischen Bündnisses" das Land an die "demokratischen Großgrundbesitzer" zurückgab, die spontan gebildeten Volksmilizen sabotierte und eine bürgerliche "Volksarmee" und "Volkspolizei" gründete und den Marokkanern keine Unabhängigkeit gewährte. Durch solche und andere Maßnahmen im Namen der "Demokratie" wurden die Massen enttäuscht verwirrt und demoralisiert.

Wenn das Proletariat anfängt, durch die Vertretung seiner Interessen den gesellschaftlichen Rahmen des Kapitalismus zu sprengen zu drohen, dann wird die Bourgeoisie gezwungen, alle Arbeiterorganisationen zu zerstören, d.h. sie wendet sich an die Faschisten. Doch so schnell kann es auch nicht gehen, weil eine frühzeitige Bewegung der Faschisten nur Aktionen, die möglicherweise revolutionär werden könnten, auslösen könnte. Daher ist es für die Kapitalisten besser abzuwarten, und die Situation einer Regierung zu überlassen, die von Natur aus nichts ändern kann oder will, was die bestehende Ordnung bedrohen könnte. Eine solche Regierung gab es im Februar 1936 in Spanien; die Volksfront siegte mit einem Programm, das u.a. Lohnerhöhungen bis zu 50%, Landreform, Freilassung politischer Gefangener, Maßnahmen gegen faschistische Offiziere usw. beinhaltete. Die KP war ein eifriger Fürsprecher dieser Allianz.

"DIE REAKTION NICHT PROVOZIEREN"

Eine solche, tief im System verwurzelte Volksfrontregierung kann absolut nichts durchführen, um die Situation konkret zu verbessern. Dadurch werden die Arbeiter unzufrieden und die Mittelschichten verbittert und fanatisch; so wächst die Reaktion und gleichzeitig das Mißtrauen der Regierung gegenüber. Gegen den Zuwachs der Faschisten wollen die Arbeiter sich verteidigen können - Kugel gegen Kugel. Die Regierung sagt: "Nein, wir dürfen die Reaktion nicht provozieren!". Oder noch schlimmer: sie versucht, alle Meldungen über den militärischen Ausbruch der Konterrevolution zu zensieren z.B. als Franco sich von Marokko aus auf eine Invasion vorbereitete, um die Volksfrontregierung zu stürzen, da unterdrückte die Volksfrontregierung diese Neuigkeit wohl auch, um die Reaktion nicht weiter zu provozieren!!

Wir wissen, wie Faschisten in Deutschland und Österreich friedlich und ohne Herausforderung durch die Arbeiterführer an die Macht kamen. Doch als die spanischen Arbeiter von Francos Strategie frühzeitig erfuhren, und die Regierung die Arbeiter nicht bewaffnen wollte, bewaffneten sie sich selbst - mit Pistolen, Messern und Tischbeinen.

Die KP-Zeitschrift "Internationale Pressekorrespondenz" druckte am 5. August 1936 ein Beispiel ab:

"...Die Arbeiter erzählten uns, wie das erste Maschinengewehr erobert wurde; sie liefen quer über einen riesengroßen Platz mit nur geringer Deckung in der Mitte in den ersten Reihen gegen ein rasendes Feuer; die Arbeiter vorn fielen tot oder verletzt, aber kein einziger schwankte, der Vormarsch wurde fortgesetzt, bis die Arbeiter das MG

Die Kapitalisten sind in zwei Lager gespalten, für Franco oder für Juan Carlos. Sogar die Polizeiorgane wanken in ersten Zusammenstößen mit Demonstranten.

Es könnte sich keine günstigere Gelegenheit bieten für eine gewaltige Offensive der Arbeiterparteien gegen das Regime auf der Grundlage einer sozialistischen Lösung der spanischen Krise.

Die Arbeiterbewegung braucht demokratische Rechte wie der menschliche Körper Sauerstoff. Die ersten Forderungen als Vorbereitung des Umsturzes müssen lauten:

- Für alle demokratischen Grundrechte, Streikrecht, Versammlungsrecht, Pressefreiheit, Koalitionsrecht!
- Für demokratische Wahlen zu einer konstituierenden Versammlung; frei, gleich, allgemein, geheim!

Es kann aber genausowenig dabei bleiben als es 1936 bei einer "demokratischen Republik" bleiben konnte.

Die Arbeiterparteien haben die Pflicht, für die Eroberung der Staatsmacht zu kämpfen, die Betriebe zu verstaatlichen und die Übergabe des Landes an die Bauern zu organisieren und einen Wirtschaftsplan für die spanische Wirtschaft mit den Millionen demokratisch zu koordinieren.

Der Einwand, solche Maßnahmen würden die Mittelschichten "abschrecken" oder die Reaktion provozieren, einen neuen Putsch zu machen, dürfte jetzt durch die spanische und auch chilenische Geschichte widerlegt sein. Jedes Zögern die Schuldigen zu entmachten, treibt die Mittelschichten in die Arme der Reaktion. Die Mittelschichten sind ja gerade diejenigen, die unter Großkapital und Bankzinsen auch besonders zu leiden haben.

Die Lehren aus dem Bürgerkrieg müssen gezogen werden, nämlich daß wenn diese Schichten nicht energisch durch Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken durch die Arbeiterregierung verteidigt werden, sie sich unweigerlich gegen die Arbeiter stellen werden.

Daß dieses blutbesudelte Regime keinen Anlaß zur "Provokation" braucht, dürfte ebenfalls klar sein.



Aber sagen wir es noch einmal deutlicher:

Zögert die Arbeiterregierung, demokratisch gewählte Soldatenkomitees ins Leben zu rufen, die Offiziere zu entmachten und zu entwaffnen, und eine Demokratisierung aller Streitkräfte durchzuführen, dann erwartet sie das gleiche Schicksal wie Allende im Moneda-Palast! Gerade hier hatte die Allende-Regierung die falsche Schlußfolgerungen einer möglichen Drohung durch die Streitkräfte gezogen, indem er versuchte, die Generäle mit hohen Gehältern zu ködern, die Soldaten mundtot zu machen und sogar das Militär ruhig zu halten, indem er es ins Kabine kurz vor dem Putsch reinholte. Das sind nicht die Methoden eines Sozialisten, eines Marxisten, sondern eines ängstlichen Parlamentariers, der mehr Angst vor der Bewegung der Arbeiterklasse als vor der Reaktion hat.

Die Politik der KP-Führung mit ihrem Taktieren/Paktieren mit Bischöfen, Christdemokraten, Großindustriellen und sogar Adligen(!) kann nur zu einer Verwirrung der Bewegung führen. Die Arbeiter sind stark genug, aus eigener Kraft und Entschlossenheit die Mittelschicht zu gewinnen. Ein Bündnis mit den genannten Gruppen ist ein Bündnis nicht mit der Mittelschicht, sondern mit den politischen Ausbeutern der Mittelschicht.

ES DARF KEINE WIEDERHOLUNG DER SPANISCHEN TRAGÖDIE GEBEN!

- Nieder mit dem Franco-Regime!
- Für demokratische Wahlen!
- Für eine sozialistische Arbeiterregierung!
- Für ein sozialistisches Spanien!

Die Sozialistische Internationale muß wieder zur Kampforganisation der internationalen Arbeiterklasse werden.

In den 70er und frühen 80er Jahren des 20. Jahrhunderts steckt der Kapitalismus in einer tiefen, weltweiten Krise, die in ihrem Umfang und in ihren Auswirkungen alle bisherigen Weltwirtschaftskrisen und die Aktionen der Arbeiterbewegung in den Schatten stellen wird. Selbst die "stabilsten" westlichen Länder sind für die "Kehrseiten" der kapitalistischen Ordnung anfällig: Arbeitslosigkeit, Inflation, wirtschaftliche Rezession, sinkende Investitionsraten, Wachstumsstillstand, Währungskrisen.

Die bürgerliche Presse sieht ganz realistisch, was in den nächsten Jahren bevorsteht. Seriöse Zeitungen wie die FAZ haben nämlich die Aufgabe, nüchterne und sachliche Prognosen und Perspektiven für die Kapitalistenklasse aufzustellen:

Düstere Prognosen für Australien

Minister Cameron erwartet Wirtschaftskollaps / Arbeitslosigkeit wächst

E. V. CANBERRA, 21. Januar. Mit 270 000 Arbeitslosen im Januar hat die Arbeitslosigkeit in Australien den höchsten Stand seit der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre erreicht. Im Dezember waren die Zahlen um 40 Prozent emporgeschritten. Über vier Prozent der Australier sind jetzt arbeitslos. Das ist die höchste Ziffer, seit man vor 29 Jahren mit der Zählung der Arbeitslosen begann. Eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes brachte der Wirbelsturm, der die nördliche Hafenstadt Darwin mit ihren über 40 000 Einwohnern total verwüstete.

In düsterer Stimmung hat Arbeitsminister Cameron den Zusammenbruch der Wirtschaftssysteme des Westens prophezeit. "Niemand kann dagegen etwas tun. Ich bin entmutigt, weil niemand mit einer Lösung kommt. Der Würgegriff, den die Multinationals in der Wirtschaft des Westens ausüben, wird die Situation schaffen, die Karl Marx voraussah", erklärte Cameron. Marx habe sich nur in seiner Zeitalter um etwa 60 Jahre geirrt. Keine Regierung könne effizient arbeiten, sagte der Arbeitsminister, wenn ihr der Senat ohne Warnung die Geldmittel verweigern könne. Solche Vorgänge hatten die Neuwahlen von 1974 zur Folge, und sie sind von der liberal-konservativen Opposition auch für 1975 angedroht worden. "Wenn unser System doch zusammenbricht, dann werden die Gesetze in den Straßen gemacht werden. Der Mob wird gewinnen", schloß Cameron.

Der 60 Jahre alte Cameron ist ein Gewerkschaftler der alten Schule, der seine Karriere als Schafschere begann.

Gewerkschaftsboß Hawke erwarte für Februar ein Anwachsen der Arbeitslosenzahl. Der australische Gewerkschaftsbund hat am Dienstag vor dem Schiedsgericht einen Antrag auf Indexierung der Löhne eingebracht, die automatisch den Preissteigerungen angeglichen werden sollen. Die Opposition warnte, solche Indexierung würde eine Inflationsrate von 30 Prozent zur Folge haben. Die Gewerkschaften verlangten ferner eine allgemeine Lohnerhöhung um 5,1 Prozent, die den Durchschnittslohn auf etwa 108 Dollar pro Woche bringen würde.

Trotz der Arbeitslosigkeit sind Appelle von Whitlam und Hawke an die Lohnempfänger, ihre Forderungen freiwillig zu beschränken, bisher ohne Widerhall geblieben. Postarbeiter, die im vorigen Jahr eine Lohnerhöhung von 21 Dollar pro Woche erhielten, fordern jetzt weitere neun Dollar und drohen mit einem Streik. Die Schauerleute im Hafen von Melbourne streiken in diesen Tagen wegen einer Forderung von sechs Wochen bezahlten Urlaub.

Ein Höhepunkt der Brüsseler Tagung war die Rede des früheren EWG-Präsidenten Mansholt, der ein Gutachten über die multinationalen Konzerne erstattete. Er nannte den ITT-Konzern und den in dessen Chile-Intrigen verwickelten US-Außenminister Kissinger "verantwortlich für den Sturz der demokratischen Regierung in Chile". Mansholt befürwortete die entschädigungslose Enteignung der Multis.

Eine besondere Verantwortung ruht in dieser Situation auf den Schultern der sozialdemokratischen Führungen. Sie können in den meisten Ländern dieser Welt die Mehrheit der Arbeiter und die aktivsten und kampfbereitesten Schichten der Klasse hinter sich vereinigen. Sie genießen seit Jahrzehnten das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten. Wenn, wie der australische Genosse Cameron (Labour) sagt, daß ein Zusammenbruch des westlichen Wirtschaftssystems auf uns zukommen wird und wenn der niederländische Genosse Mansholt für eine entschädigungslose Enteignung der Multis eintritt, so ist dies eine klare Aufforderung an die Führer der Sozialistischen Parteien, endlich von ihren Illusionen über die Möglichkeiten der Klassenkollaboration und der "sozialen Harmonie" abzuweichen und in ihren Ländern die Arbeiter für ein klares sozialistisches Programm zu mobilisieren, das endlich mit dem überkommenen, bankrotten System bricht und die Menschheit einer besseren Zukunft entgegenführt.

Besonders die 30er Jahre haben gezeigt, daß der Kapitalismus nichts anderes kann als letzten Endes immer wieder Millionen und Abermillionen zu töten, zerstören und ins Unglück zu stürzen.

Aus den Äußerungen der Genossen Cameron und Mansholt geht auch hervor, daß die Krise nur international überwunden werden kann.

Die Sozialistische Internationale, in der die wichtigsten Sozialistischen Parteien der Welt zusammengeschlossen sind, muß sich von einem Geselligkeitsverein der Staatsmänner wieder zurückverwandeln in eine kämpferische Arbeiterinternationale wie zu Zeiten von Engels, die auf internationaler Ebene eine führende Kraft im Kampf der Arbeiterklasse um ein Ende des Kapitalismus darstellt.

Reformistische wie sektiererische Linke haben in der Nachkriegsperiode den Marxismus für tot erklärt. Viele hatten geglaubt, daß der Kapitalismus nun endgültig seine eigenen Krisen gelöst habe und daß deshalb die Arbeiterklasse nichts als ein passiver Konsument in der "Überflussesgesellschaft" sei.

Die Ereignisse der letzten Jahre haben erneut die Richtigkeit des Marxismus bestätigt. Erste Blitze und Donner sind heute schon in Portugal und Griechenland, bald

in Spanien, morgen in Italien und England, übermorgen in Frankreich, USA, BRD, Australien, Dänemark....

Die Streiks, Kundgebungen und Forderungen der Arbeiterbewegung in allen Ländern zeigen, daß die Arbeiter ihre erarbeiteten und erkämpften Errungenschaften zu verteidigen werden.

Franzosen sind pessimistisch

PARIS, 25. November (dpa). Aus einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „Sofres“ geht hervor, daß 77 Prozent der befragten Franzosen glauben, die Lage habe sich verschlechtert, wobei 63 Prozent sogar einen „Mai 1968“ (wochenlanger revolutionärer Aufbruch in Frankreich) für möglich halten.

Amerika: Sozialprodukt gesunken

WASHINGTON, 17. Januar (Reuter). Das Bruttosozialprodukt in den Vereinigten Staaten ist im vergangenen Jahr nach Angaben des Handelsministeriums in Washington um 2,2 Prozent gesunken. Das Ministerium erklärt dazu, zum erstenmal seit 1960, in dem das Bruttosozialprodukt um 0,5 Prozent gesunken sei, habe damit das Bruttosozialprodukt abgenommen. Für das erste Vierteljahr 1975 sei von neuem mit einer Abnahme des Bruttosozialprodukts zu rechnen.

England: Industrie ohne Hoffnung

LONDON, 6. Januar (vwd). Vor dem Hintergrund einer erwarteten Inflationsrate von 23 bis 25 Prozent in diesem Jahr und finanzieller Schwierigkeiten bei einigen der größten Industrieunternehmen des Landes ist die britische Industrie über die weitere Wirtschaftsentwicklung von tiefem Pessimismus erfüllt. Wie aus der monatlichen Umfrage der Financial Times hervorgeht, will nicht nur die Hälfte der befragten Unternehmen in diesem Jahr ihre Investitionen kürzen. Eine wachsende Anzahl von Unternehmen rechnet zudem damit, Vermögenswerte veräußern zu müssen, um liquide zu bleiben. Wegen der allgemein rückläufigen Nachfrage und wachsender finanzieller Schwierigkeiten zahlreicher Unternehmen dürfte die Arbeitslosigkeit weiter zunehmen, bemerkt die Zeitung.

Der Sozialistischen Jugend fällt in diesem Rahmen eine besondere Aufgabe zu. Sie vertritt eine junge, nach dem Kriege aufgewachsene Generation, die von den Niederlagen ihrer Väter und Großväter nicht belastet ist. Die sozialistische Jugend von heute kann die sozialistische Führung von morgen sein. Sie muß die Lehren aus der wechselvollen Vergangenheit der Arbeiterbewegung auch aus den Fehlern, die zu schrecklichen Niederlagen führten, lernen.

Die IUSY (International Union of Socialist Youth, Internationale Vereinigung der Sozialistischen Jugend) muß vom Jet-Club der Jugendfunktionäre zu einer kämpferischen Internationale der Arbeiterjugend werden.

In einer ganzen Reihe von Ländern sind marxistische, proletarische Tendenzen in der sozialistischen Jugend im Anwachsen, die die Lehren der Vergangenheit gelernt haben und an den Traditionen der alten Sozialistischen Internationale um die Jahrhundertwende anknüpfen.

VORAN! glaubt, daß diese Tendenzen in den bevorstehenden Kämpfen in der Kontinuität des Marxismus eine immer wichtigere Rolle spielen werden.

Für eine marxistische IUSY! ● lc

Werte Genossen!

....wurde mir von den ... Genossen die Zeitschrift "VORAN" empfohlen..... Als aktiver Gewerkschafter und Jungsozialist betrachte ich diese Zeitung als sehr gute Aufklärung und hervorragende Unterstützung in der Gewerkschaftsarbeit.

Mein Wunsch: Schickt mir bitte sämtliche bisher erschienenen Ausgaben von VORAN zu! Schickt mir bitte folgende Broschüren.....

Wenn mir die weiteren Exemplare VORAN genauso gut "gefallen" wie 4/5 74, werde ich Voran auch im Kreise meiner Gewerkschaftskollegen weiterempfehlen!....

.....Besten Dank im Voraus.....
HF, Rheinland

Liebe Genossen!

....In unserer Universität hier gibt es - weil sie noch immer allen offen steht - eine Menge ausländischer Studenten, darunter viele aus Deutschland und Österreich. Deshalb wäre es eine gute Idee, auch hier VORAN zu verkaufen. Könntet Ihr uns regelmäßig mit einigen Exemplaren beliefern?...
YM, Brüssel (Belgien)

LESERFORUM
schreib auch Du an
VORAN!

Liebe Genossen!

....gratuliere Euch zunächst einmal dazu, daß Ihr es geschafft habt, VORAN jetzt im Zeitungsformat herauszubringen. Ich hoffe, dies ist der erste Schritt vorwärts und es wird Euch in nicht allzu ferner Zukunft gelingen, die Zeitung auch häufiger zu produzieren.

Vielen Dank für die Zusendung von Nr. 6. Meiner Ansicht nach ist die Ausgabe Euch gut gelungen: der Artikel über die ökonomisch-politische Situation der BRD (einschließlich Perspektive) ist umfassend und klar, und die derzeit so aktuelle Entwicklung in Portugal wird ausführlich analysiert. Eine besonders gute Idee ist m.E. die Veröffentlichung des Prager Manifests von 1934, da sie den Wandel in der SPD und die Möglichkeit eines alternativen (sozialistischen) Programms deutlich macht....

Es bleibt dabei, daß ich im nächsten Sommer nach Deutschland zurückkehre.....
JH, z.Zt. England

sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit bestelle ich eure Zeitung "VORAN!". alle schon erschienenen Ausgaben sind nachzuliefern sofern sie noch nicht vergriffen sind. Bezahlung erfolgt nach Rechnungserhalt.

vielen Dank im Voraus.

mit solidarischem Gruss
MZ, Baden-Württemberg

Liebe Genossen von VORAN!

Mit den letzten Nummern wollen wir auch den Bezug von VORAN abbestellen. Entscheidend dafür ist, daß die Juso-Arbeit Schiffbruch erlitten hat, d.h. daß an politischer Arbeit nichts mehr läuft (es gibt nur noch Einzelkämpfer, Genossen bleiben weg, resignieren etc.). Deshalb nützt uns auch VORAN nichts mehr.

So glaube ich, daß die jetzige politische und wirtschaftliche Krise so verzwickelt ist, daß man mit Parolen wie "Kein Zurück! Reformprogramm verwirklichen! SPD muß Großkonzerne verstaatlichen" (=Nr. 7) auch nicht weiterkommt. Auch Ihr kommt aus einer bestimmten Widersprüchlichkeit nicht heraus: "Reformprogramm verwirklichen!" - weiter unten: "Sie (=SPD) konnte - selbst beim besten Willen - dieses Versprechen im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung gar nicht einhalten".

Wenn man das nicht als Problem diskutiert und die Widersprüchlichkeit dieser Aussagen kapiert, dann kommen so moralische Aufrufe heraus: "SPD muß gegen Kapital handeln!" Bisher seid Ihr die einzigen geblieben, die so eine Parole ausgegeben haben. ?? Und damit ist uns gar nichts geholfen.

Das wäre eine politische Kritik von mir an Euch gewesen; die ist aber eben nicht der Grund für das Abbestellen der Zeitung.

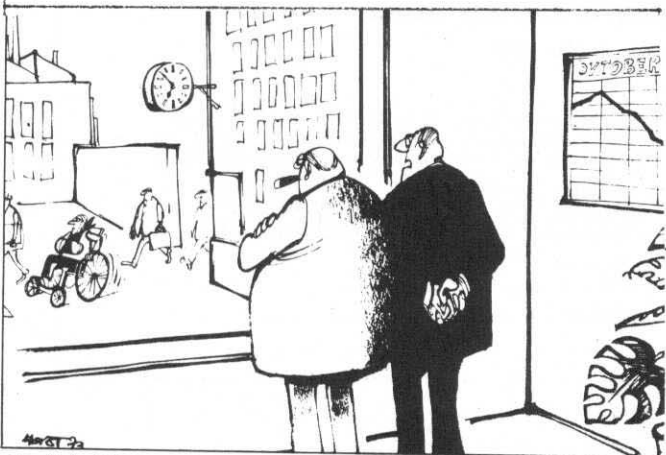
Mit sozialistischen Grüßen
JF, München

Redaktionsanschrift
VORAN, 46 Dortmund 1,
Postlagerkarte A 056998.

Liebe Voran-Redaktion!

Unser Kreisverband spielt mit einer Erhöhung des Sammelabos von bisher 5 auf 10 oder 20. In Eurer letzten Sendung hattet Ihr etwas von Mengenrabatt geschrieben. Könnt Ihr mir näheres mitteilen?

Sozialistische Grüße
MI, Südwestdeutschland



"Fabelhafte Arbeitsmoral seit dem Rückgang der Vollbeschäftigung!"

ZU DER ZEIT, ALS DIE ARBEITERBEWEGUNG NOCH SCHWACH WAR, UND DIE KAPITALISTENKLASSE SELBST DIE MACHT ANSTREBTE, STELLTE SICH DIE ÄUSSERST PRAKTISCHE FRAGE DES VERHÄLTNISSSES DER ARBEITERORGANISATIONEN ZU DEN BÜRGERLICHEN UND KLEINBÜRGERLICHEN PARTEIEN. WIR DRUCKEN HIER AUSZÜGE AUS DER REDE VON MARX UND ENGELS AN DEN BUND DER KOMMUNISTEN 1850 AB, WO SIE DIE POLITISCHEN LEHREN AUS DEN NIEDERLAGEN VON 1848 ZOGEN. WIR SIND DER MEINUNG, DASS IN DIESER REDE WESENTLICHE LEHREN AUCH FÜR HEUTE ENTHALTEN SIND. WAS AUCH DAMALS - VOR 125 JAHREN! - VON DEN PIONIEREN UNSERER BEWEGUNG VERSTANDEN UND KLAR DARGESTELLT WURDE, IST BIS HEUTE AUCH VON DEN MÖCHTEGERN 'MARXISTEN' IN DER ARBEITERBEWEGUNG IMMER NOCH NICHT BEGRIFFEN WORDEN: DASS N U R DIE ORGANISIERTE ARBEITERKLASSE DEN SOZIALISMUS ERREICHEN KANN; ALLE BÜNDNISSE MIT ANDEREN KLASSEN ZUM VERRAT UND NIEDERLAGEN FÜHREN. HEUTE IST DIE ARBEITERKLASSE HUNDERTFACH STÄRKER ALS 1848, IN DEN MEISTEN KAPITALISTISCHEN LÄNDERN STELLT SIE SOGAR DIE GROSSE MEHRHEIT DER BEVÖLKERUNG DAR. DIE KONSEQUENZEN MÜSSEN GEZOGEN WERDEN.

Die Auszüge sind der MEGA vom Dietz Verlag entnommen.



Bürgerwehr schießt auf aufständische Arbeiter am 16. Oktober 1848 in Berlin

Das Verhältnis der revolutionären Arbeiterpartei zur kleinbürgerlichen Demokratie ist dies: Sie geht mit ihr zusammen gegen die Fraktion, deren Sturz sie bezweckt; sie tritt ihnen gegenüber in allem, wodurch sie sich für sich selbst festsetzen wollen.

Die demokratischen Kleinbürger, weit entfernt, für die revolutionären Proletarier die ganze Gesellschaft umwälzen zu wollen, erstreben eine Änderung der gesellschaftlichen Zustände, wodurch ihnen die bestehende Gesellschaft möglichst erträglich und bequem gemacht wird. Sie verlangen daher vor allem Verminderung der Staatsausgaben durch Beschränkung der Bürokratie und Verlegung der Hauptsteuer auf die großen Grundbesitzer und Bourgeois. Sie verlangen ferner die Beseitigung des Drucks des großen Kapitals auf das kleine durch öffentliche Kreditinstitute und Gesetze gegen den Wucher, wodurch es ihnen und den Bauern möglich wird, Vorschüsse von dem Staat statt von den Kapitalisten zu günstigen Bedingungen zu erhalten; ferner Durchführung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse auf dem Lande durch vollständige Beseitigung des Feudalismus. Um dieses alles durchzuführen, bedürfen sie einer demokratischen, sei es konstitutionellen oder republikanischen, Staatsverfassung, die ihnen und ihren Bundesgenossen, den Bauern, die Majorität gibt, und einer demokratischen Gemeindeverfassung, die die direkte Kontrolle über das Gemeineigentum und eine Reihe von Funktionen in ihre Hand gibt, die jetzt von den Bürokraten ausgeübt werden.

Der Herrschaft und raschen Vermehrung des Kapitals soll ferner teils durch Beschränkung des Erbrechts, teils durch Überweisung möglichst vieler Arbeiten an den Staat entgegengearbeitet werden. Was die Arbeiter angeht, so steht vor allem fest, daß sie Lohnarbeiter bleiben sollen wie bisher, nur wünschen die demokratischen Kleinbürger den Arbeitern besseren Lohn und eine gesichertere Existenz und hoffen dies durch teilweise Beschäftigung von seitens des Staates und durch Wohltätigkeitsmaßnahmen zu erreichen, kurz, sie hoffen die Arbeiter durch mehr oder minder versteckte Almosen zu bestechen und ihre revolutionäre Kraft durch momentane Erträglichmachung ihrer Lage zu brechen. Die hier zusammengefaßten Forderungen der kleinbürgerlichen Demokratie werden nicht von allen Fraktionen derselben zugleich vertreten und schweben in ihrer Gesamtheit den wenigsten Leuten derselben als bestimmtes Ziel vor. Je weiter einzelne Leute oder Fraktionen unter ihnen gehen, desto mehr werden sie von diesen Forderungen zu den übrigen machen, und die wenigen, die in Vorstehendem ihr eigenes Programm sehen, würden glauben, damit aber auch das Äußerste aufgestellt zu haben, was von der Revolution zu verlangen ist. Diese Forderungen können der Partei des Proletariats aber keineswegs genügen. Während die demokratischen Kleinbürger die Revolution möglichst rasch und unter Durchführung höchstens der obigen Ansprüche zum Abschlusse bringen wollen, ist es unser Interesse und unsere Aufgabe, die Revolution permanent zu machen, so lange, bis alle mehr oder weniger besitzenden Klassen von der Herrschaft verdrängt sind, die Staatsgewalt vom Proletariat erobert und die Assoziation der Proletarier nicht nur in einem Lande, sondern in allen herrschenden Ländern der ganzen Welt so weit vorgeschritten ist, daß die Konkurrenz der Proletarier in diesen Ländern aufgehört hat und daß wenigstens die entscheidenden produktiven Kräfte in den Händen der Proletarier konzentriert sind. Es kann sich für uns nicht um Veränderung des Privateigentums handeln, sondern nur um seine Vernichtung, nicht um Vertuschung der Klassengegensätze, sondern um Aufhebung der Klassen, nicht um Verbesserung der bestehenden Gesellschaft, sondern um Gründung einer neuen. Daß die kleinbürgerliche Demokratie während der weiteren Entwicklung der Revolution für einen Augenblick den überwiegenden Einfluß in Deutschland erhalten wird, unterliegt keinem Zweifel. Es fragt sich also, was die Stellung des Proletariats und speziell des Bundes ihr gegenüber sein wird:

1. während der Fortdauer der jetzigen Verhältnisse, wo die kleinbürgerlichen Demokraten ebenfalls unterdrückt sind;
2. im nächsten revolutionären Kampfe, der ihnen das Übergewicht geben wird;
3. nach diesem Kampfe, während der Zeit des Übergewichts über die gestürzten Klassen und das Proletariat.

dein erstes
exemplar?
abonniere!

1. Im gegenwärtigen Augenblicke, wo die demokratischen Kleinbürger überall unterdrückt sind, predigen sie dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, die alle Schattierungen in der demokratischen Partei umfaßt, das heißt, sie streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemein sozial-demokratischen Phrasen vorherrschend sind, hinter welchen ihre besonderen Interessen sich verstecken, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine solche Vereinigung würde allein zu ihrem Vorteile und ganz zum Nachteile des Proletariats ausfallen. Das Proletariat würde seine ganze Selbständigkeit, mühsam erkaufte Stellung verlieren und wieder zum Anhängsel der offiziellen bürgerlichen Demokratie herabsinken. Diese Vereinigung muß also auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Statt sich abwärts abzugeben, müssen die bürgerlichen Demokraten als beifallklatschender Chor zu dienen, müssen die Arbeiter, vor allem der Bund, dahin wirken, neben den offiziellen Demokraten eine selbständige geheime und öffentliche Organisation der Arbeiterpartei herzustellen und jede Gemeinde zum Mittelpunkt und Kern von Arbeitervereinen zu machen, in denen die Stellung und Interessen des Proletariats unabhängig von bürgerlichen Einflüssen diskutiert werden. Wie wenig es den bürgerlichen Demokraten mit einer Allianz ernst ist, in der die Proletarier ihnen mit gleicher Macht und gleichen Rechten zur Seite stehen, zeigen zum Beispiel die Breslauer Demokraten, die in ihrem Organ, der „Neuen Oder-Zeitung“ (170), die selbständig organisierten Arbeiter, die die Sozialisten titulieren, aufs wütendste verfolgen. Für den Fall eines Kampfes gegen einen gemeinsamen Gegner braucht es keiner besonderen Vereinigung. Sobald ein solcher Gegner direkt zu bekämpfen ist, fallen die Interessen beider Parteien für den Moment zusammen, und wie bisher wird sich auch in Zukunft diese nur für den Augenblick berechnete Verbindung von selbst herstellen. Es versteht sich, daß bei den bevorstehenden blutigen Konflikten, wie bei allen früheren, die Arbeiter durch ihren Mut, ihre Entschiedenheit und Aufopferung hauptsächlich den Sieg werden zu erkämpfen haben. Wie bisher werden auch in diesem Kampfe die Kleinbürger in Masse sich solange wie möglich zaudernd, unschlüssig und untätig verhalten, um dann, sobald der Sieg entschieden ist, ihn für sich in Beschlag zu nehmen, die Arbeiter zur Ruhe und Heimkehr an ihre Arbeit aufzufordern, sogenannte Exzesse zu verhüten und das Proletariat von den Früchten des Sieges auszuschließen. Es liegt nicht in der Macht der Arbeiter, den kleinbürgerlichen Demokraten dies zu verwehren, aber es liegt in ihrer Macht, ihnen das Aufkommen gegenüber dem bewaffneten Proletariat zu erschweren und ihnen solche Bedingungen zu diktieren, daß die Herrschaft der bürgerlichen Demokraten von vornherein den Keim des Unterganges in sich trägt und ihre spätere Verdrängung durch die Herrschaft des Proletariats bedeutend erleichtert wird. Die Arbeiter müssen vor allen Dingen während des Konfliktes und unmittelbar nach dem Kampfe, soviel nur irgend möglich, der bürgerlichen Abwegelung entgegenwirken und die Demokraten zur Ausführung ihrer jetzigen terroristischen Phrasen zwingen. Sie müssen dahin arbeiten, daß die unmittelbare revolutionäre Aufregung nicht sogleich nach dem Siege wieder unterdrückt wird. Sie müssen sie im Gegenteil solange wie möglich aufrechterhalten. Weit entfernt, den sogenannten Exzessen, den Exempeln der Volksrasche an verhassten Individuen oder öffentlichen Gebäuden, an die sich nur gehässige Erinnerungen knüpfen, entgegenzutreten, muß man diese Exempel nicht nur dulden, sondern ihre Leitung selbst in die Hand nehmen. Während des Kampfes und nach dem Kampfe müssen die Arbeiter neben den Forderungen der bürgerlichen Demokraten ihre eigenen Forderungen bei jeder Gelegenheit aufstellen. Sie müssen Garantien für die Arbeiter verlangen, sobald die demokratischen Bürger sich anschicken, die Regierung in die Hand zu nehmen. Sie müssen sich diese Garantien nötigenfalls erzwingen und überhaupt dafür sorgen, daß die neuen Regierer sich zu allen nur möglichen Konzessionen und Versprechungen verpflichten - das sicherste Mittel, sie zu kompromittieren. Sie müssen überhaupt den Siegesrausch und die Begeisterung für den neuen Zustand, der nach jedem siegreichen Straßenkampf eintritt, in jeder Weise durch ruhige und kaltblütige Auffassung der Zustände und durch unverhohlenen Mißtrauen gegen die neue Regierung so sehr wie möglich zurückhalten. Sie müssen neben den neuen offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees, errichten, so daß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter deren die ganze Masse der Arbeiter steht. Mit einem Worte: Vom ersten Augenblicke des Sieges an muß sich das Mißtrauen nicht mehr gegen die besiegte reaktionäre Partei, sondern gegen ihre bisherigen Bundesgenossen, gegen die Partei richten, die den gemeinsamen Sieg allein exploitiert will.

VORAN

ÜBERREGIONALE, MARXISTISCHE
ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND
GEWERKSCHAFT.....DM 0,50



2. Um aber dieser Partei, deren Verrat an den Arbeitern mit der ersten Stunde des Sieges anfangen wird, energisch und drohend entgegenzutreten zu können, müssen die Arbeiter bewaffnet und organisiert sein. Die Bewaffnung des ganzen Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition muß sofort durchgesetzt, der Wiederbelebung der alten, gegen die Arbeiter gerichteten Bürgerwehr muß entgegengetreten werden. Wo dies letztere aber nicht durchzusetzen ist, müssen die Arbeiter versuchen, sich selbständig als proletarische Garde, mit selbstgewählten Chefs und eigenem selbstgewählten Generalstabe zu organisieren und unter den Befehl, nicht der Staatsgewalt, sondern der von den Arbeitern durchgesetzten revolutionären Gemeinderäte zu treten. Wo Arbeiter für Staatsrechnung beschäftigt werden, müssen sie ihre Bewaffnung und Organisation in ein besonderes Korps mit selbstgewählten Chefs oder als Teil der proletarischen Garde durchsetzen. Die Waffen und die Munition dürfen unter keinem Vorwand aus den Händen gegeben, jeder Entwaffnungsversuch muß nötigenfalls mit Gewalt vereitelt werden. Vernichtung des Einflusses der bürgerlichen Demokraten auf die Arbeiter, sofortige selbständige und bewaffnete Organisation der Arbeiter und Durchsetzung möglichst erschwerender und kompromittierender Bedingungen für die augenblickliche unvermeidliche Herrschaft der bürgerlichen Demokratie, das sind die Hauptpunkte, die das Proletariat und somit der Bund während und nach dem bevorstehenden Aufstand im Auge zu behalten hat.

3. Sobald die neuen Regierungen sich einigermaßen befestigt haben, wird ihr Kampf gegen die Arbeiter sofort beginnen. Um hier den demokratischen Kleinbürgern mit Macht entgegenzutreten zu können, ist es vor allem nötig, daß die Arbeiter in Klubs selbständig organisiert und zentralisiert sind. Die Zentralbehörde wird sich, sobald dies irgend möglich ist, nach dem Sturze der bestehenden Regierungen nach Deutschland begeben, sofort einen Kongreß berufen und diesem die nötigen Vorlagen wegen der Zentralisation der Arbeiterklubs unter einer im Hauptsitze der Bewegung etablierten Direktion machen. Die rasche Organisation, wenigstens einer provinziellen Verbindung der Arbeiterklubs, ist einer der wichtigsten Punkte zur Stärkung und Entwicklung der Arbeiterpartei; die nächste Folge des Sturzes der bestehenden Regierungen wird die Wahl einer Nationalvertretung sein. Das Proletariat muß hier dafür sorgen:

I. daß durch keinerlei Schikanen von Lokalbehörden und Regierungskommissarien eine Anzahl Arbeiter unter irgendeinem Vorwand ausgeschlossen wird;

II. daß überall neben den bürgerlichen demokratischen Kandidaten Arbeiterkandidaten aufgestellt werden, die möglichst aus Bundesmitgliedern bestehen müssen und deren Wahl mit allen möglichen Mitteln zu betreiben ist. Selbst da, wo gar keine Aussicht zu ihrer Durchführung vorhanden ist, müssen die Arbeiter ihre eigenen Kandidaten aufstellen, um ihre Selbständigkeit zu bewahren, ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen. Sie dürfen sich hierbei nicht durch die Redensarten der Demokraten bestechen lassen, wie z. B., dadurch spalte man die demokratische Partei und gebe der Reaktion die Möglichkeit zum Siege. Bei allen solchen Phrasen kommt es schließlich darauf hinaus, daß das Proletariat geprellt werden soll. Die Fortschritte, die die proletarische Partei durch ein solches unabhängiges Auftreten machen muß, sind unendlich wichtiger als der Nachteil, den die Gegenwart einiger Reaktionäre in der Vertretung erzeugen könnte. Tritt die Demokratie von vornherein entschieden und terroristisch gegen die Reaktion auf, so ist deren Einfluß bei den Wahlen schon im voraus vernichtet.

Der erste Punkt, bei dem die bürgerlichen Demokraten mit den Arbeitern in Konflikt kommen werden, wird die Aufhebung des Feudalismus sein; wie in der ersten französischen Revolution werden die Kleinbürger die feudalen Ländereien den Bauern als freies Eigentum geben, das heißt das Landproletariat bestehen lassen und eine kleinbürgerliche Bauernklasse bilden wollen, die denselben Kreislauf der Verarmung und Verschuldung durchmacht, worin jetzt der französische Bauer noch begriffen ist.

Die Arbeiter müssen diesem Plane im Interesse des Landproletariats und in ihrem eigenen Interesse entgegenzutreten. Sie müssen verlangen, daß das konfiszirte Feudaleigentum Staatsgut bleibt und zu Arbeiterkolonien verwandelt wird, die das assoziierte Landproletariat mit allen Vorteilen des großen Ackerbaues bearbeitet und wodurch das Prinzip des gemeinsamen Eigentums sogleich eine feste Grundlage mitten in den wankenden bürgerlichen Eigentumsverhältnissen erlangt.

Aber sie selbst müssen das meiste zu ihrem endlichen Siege dadurch tun, daß sie sich über ihre Klasseninteressen aufklären, ihre selbständige Parteilichkeit sobald wie möglich einnehmen, sich durch die heuchlerischen Phrasen der demokratischen Kleinbürger keinen Augenblick an der unabhängigen Organisation der Partei des Proletariats irre machen lassen. Ihr Schlachtruf muß sein: Die Revolution in Permanenz.

London, im März 1850

- Einzelabonnement: DM 6,30 frei Haus 6 Ausg.
- Sammelabonnement: Stückpreis DM 0,50 ab 5 Ex. zuzüglich Postkosten + Bearbeitungsgebühr.

Ich habe die Summe von _____ auf das
Konto Nr 1801 - 68 - 500 Postscheckamt Köln
überwiesen. Bitte schickt mir regelmäßig
Exemplar(e).

NAME:

ADRESSE:

.....